



einmalige Steuerherauskommen, oder würde eventuell auf eine Doppelbelastung hinauslaufen. Für solche grundsätzliche Steuererleichterung ist die Sozialdemokratie nicht zu haben.

Bei der Einkommensteuer war es den Nationalliberalen vorbehalten, die Forderung im Einklang mit einem Vorschlag zu übernehmen, der fast noch verkehrsfeindlicher und steuerpolitisch jedenfalls hinsichtlich der Besteuerungsvorläge war. Ein Antrag Decker-Offenbach will den festen Stempel, den die Regierung vorschlägt, durch Verringerung nach Alometern ersetzen. Das würde nicht nur eine erheblich größere Belastung zur Folge haben, sondern auch eine ungewollte Mehrarbeit in der Verwaltung. Trotzdem dies von den Regierungsvertretern in sehr ausführlichen Nachweisen vorgerechnet wurde, ist dieser „Verbesserungsantrag“ vorläufig angenommen worden. Das gleiche ist bekanntlich dem Antrag des Zentrumsmannes Raden auf Verringerung der Kunststeuern passiert. Auch hier erklärte die Regierung, diesmal durch den Staatssekretär, Generalpostmeister Kraetzle, daß sie sich für den Segen schändens bedante und wies auf die Erfahrungen Italiens hin, wo eine Erhöhung der Gebühr um drei Cent einen solchen Rückgang im Versandt zur Folge hatte, daß der Mehrertrag aus der Gebühr durch die Verringerung im Gesamtumsatz vollständig aufgezehrt wurde. Aber es half nichts. Die Steuerfucher nahmen den Antrag an — Nationalliberale und Konservative mit dem Vorbehalt, in der zweiten Lesung ihre Ansicht nachzuprüfen. Deutlich bemerkenswert ist dies nur auf die fiskalische Seite der Frage, den Steuerertrag. Daß die Steuer eine ganze Reihe von Künstlern und Industriellen und viele kleinere und mittlere Geschäftsteile schwer schädigen würde, kümmerte diese seltamen Mittelstandsleute nicht sehr. Die Kunstpoststeuer ist ein „gewisser Luxus“, folglich muß sie bluten.

Und nach diesem Prinzip geht jetzt unaufhaltsam weiter. Da die Kommission einmal beschlossen hatte, Erbschaftsteuern zu diskutieren, brachten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder einen Antrag ein, der eine Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer verlangt, die freilich einen Antrag auf Reform der Branntweinsteuer (Beseitigung der Viebesgabe etc.) Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Mehrheit unter der üblichen Berufung auf den föderativen Charakter des Reiches und die Verschiedenheit der Steuererhebung abgelehnt, als ob, wo ein Wille ist, nicht auch Mittel und Wege vorhanden wären, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Dem freilichigen Antrag wurde durch ein Amendement des Zentrumsmannes Sped gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten der antiaugurische Stachel ausgebrochen und er dann in dieser verformelten Form angenommen, nachdem schon vorher von Regierung und Reichsvertretern erklärt worden war, daß erst im Jahre 1912 der Änderung der Branntweinsteuer „näher getreten“ werden dürfe. Das zweite Mal, wo Branntwein brennende Landwirte und einfache Industrielle in Betracht kommen, konnte nicht besser illustriert werden, als durch diese Debatten. Im gleichen Sinne wurden am 22. Februar Anträge vom Zentrum, Nationalliberalen, Konservativen und Antisemiten angenommen auf Erhöhung von Post- und Telegraphengebühren in aller Art — wieder zum Teil gegen Einwände der Regierung. Und das gleiche geschah am 23. Februar mit dem Zentrumsantrag auf Einführung der Verbrauchssteuer, welche letztere durch Freilassung der unteren Steuerklassen populär gemacht werden soll.

Die Anträge auf Erhöhung der Postgebühren, wobei es sich insbesondere um die Befreiung der feineren Posten der Reichspost — als Entschädigung für die Unterdrückung der Privatposten — vertritt, sind als unzulässig zu erklären. Die Postermäßigung für den Ortsverkehr und gewisser Vergünstigungen für den Zeitungsvorstand, den Versand von Warenproben und Geschäftspapieren handelt, bedürfen in ihrer offensiblen Verkehrsfeindlichkeit wirklich keines Kommentars. Aus einer Zusammenfassung, die der Reichspostsekretär Kraetzle verlas, geht hervor, daß Deutschland für heimische Telegramme höhere Sätze erhebt, als England, Frankreich, Italien, von kleineren Ländern ganz abgesehen. Das hindert aber die Kommissionsmehrheit nicht, auch Erhöhung der Telegraphengebühren zu verlangen. Der reaktionäre Zug dieser Art von Gesetzgebung harmonisiert übrigens ganz und gar mit der gegenwärtigen deutschen Zollpolitik, an deren Befestigung in der Kommission von 1902 die jetzigen Kommissionsberatungen lebhaft erinnern. Hier wie dort dieselbe kompakte Mehrheit, welche die Rinderheit immer wieder vor vollendete Tatsachen stellt. Ueber ihr letztes Jubiläum, die Einkommensteuer, ist kein Wort zu verlieren. Nach den sehr energischen Erörterungen des preussischen Finanzministers Meinhoben scheint sie zur Zeit wenigstens keine Aussicht auf Annahme von Seiten der Reichsregierung zu haben. Bei den Debatten über sie drückte die Erbschaft eine große, aber nicht sehr glänzende Rolle, indem nämlich Anhänger wie Gegner sie für ihre Stellungnahme ins Feld führten. Was aber bei Hineintragung der erblichen Fragen in die Steuerpolitik herauskommt, zeigt das eben berührte Beispiel der Einkommensteuer. Erbschaft hin, Erbschaft her, würde die Befreiung der unteren Steuerklassen von der Verbrauchssteuer, damit die Verbrauchssteuer die Widerstände zu beschwichtigen suchen, gar leicht als Verführung wirken, bei wohlhabenden Stellungspolitischen ein Auge zuzubringen.

Nicht besser steht es mit den noch ausstehenden Anträgen, welche die Steuerfucher der Kommissionsmehrheit ausgelegt haben. Darüber in einem zweiten Brief.

### Wie die Kriegsveteranen und -Invaliden behandelt werden.

Der Reichstag war am Mittwoch schwach besucht; viele seiner Mitglieder hatten offenbar an patriotischem Rosenjammern. Es war Schwermetall, und die Junger hatten ihren Fraktionsgenossen und Kommunisten Misler erlaubt, einen Antrag auf Gewährung von Reichsgeldern an die Kriegsveteranen mit seinem Namen zu geben. Das Prinzip des Antrages fand allseitige Billigung. Die Nationalliberalen, Antisemiten Prinz Carolath und Graf Ostia der Schwarzbau, Urtenome Krenb, die Freisinnigen Bergmann und Posthoff und die Antisemiten Werner und Liebermann, Kossen über von Wohlwollen für die Kriegsveteranen. Die Wohlthätigen Anwalte des letzteren gegen die Sozialdemokratie fanden seltens Beile die verdiente Billigung. Der Reichs-Schatzsekretär von Stengel geriet sich recht ungeliebt und stimmte ein jämmerliches Jammerlied über den Jammerzustand der Reichsfinanz an. Die Klassen Volk und Sudell drücken die marxistisch-militarischen Gründe des besagten Jammerzustandes auf und zeigen, daß die bürgerlichen Parteien wohl Worte aber keine Taten für die Veteranen übrig gehabt haben. Als Genosse Zubeil den Liebermann gebührend qualifizierte, erhielt er einen Ordnungsruf vom Präsidenten. Der Antrag Misler wurde an die Budgetkommission verwiesen. Am Donnerstag geht die Beratung des Reichsjustizgesetzes weiter.

### Politische Hebersicht.

#### Der Zolltarif tritt in Kraft!

Von heute, den 1. März, ab muß jedes Hundert Kilogramm Roggen, das über die deutsche Grenze geführt wird, einundneunzig Mark mehr Zoll bezahlen als bisher. Der Weizen Zoll wird um 2 Mark höher, um 2 Mark steigt die Malzgerste, um 70 Pf. die Futtergerste, um 2.20 Mark steigt der Sakerzoll. Es steigt der Zoll auf Mehl, Butter und Käse. Der Zoll auf Rindfleisch steigt um 5.75 Mark pro Doppelzentner, der auf Schweine um fast 6 Mark. Frisches Fleisch bezahlt statt 15—17 jetzt 27 Mark Zoll. Ebenso steigen die Zölle auf fast alle übrigen Lebensmittel. Es steigen ferner auch verschiedene Zölle auf chemische Produkte, auf Eisenwaren, Maschinen, Möbel, Gläser und zahlreiche andere industrielle Erzeugnisse. Aber auch die deutschen Ausfuhrhändler werden an der Grenze Rußlands und Oesterreich-Ungarns, Italiens, Belgiens, Rumäniens und der Schweiz veränderte Verhältnisse vorfinden. Mit Ausnahme Belgiens und der Schweiz sind das alle verhältnismäßig junge Industrieländer, die ihre kapitalistische Entwicklung zu fördern trachten. Ihnen hat die Erhöhung der deutschen Lebensmittelpreise erzwungene Gelegenheiten geboten, ihre Industriezölle zu erhöhen, um die heimischen Kapitalisten im Wettbewerbe mit den deutschen Exporteuren möglichst zu stärken. So tritt in den wechselseitigen wirtschaftlichen Verhältnissen der europäischen Völker eine förmliche Revolution ein, deren hauptsächlichste Wirkungen sich wohl mit ziemlicher Bestimmtheit erkennen lassen, deren einzelne detaillierte Folgen aber so unendlich mannigfaltig sind, daß erst die Erfahrung ein begründetes Urteil über sie sprechen wird.

#### Die Amnestie des 27. Februar.

-----

Wegen die politische Vielregiererei wendet sich der sächsische Finanzminister Dr. Müller. In der sächsischen Ersten Kammer führte er aus, diese Vielregiererei habe sich in unserem deutschen Vaterlande so entwickelt, daß sie eine ernsthafte Reaktion herausfordere: die fortwährenden Gebote und Verbote, Verfügungen und Anordnungen polizeilicher Art seien hiemalen geradezu geeignet, den Spott anderer Länder herauszufordern; er habe es vor 30 Jahren nicht für möglich gehalten, daß wir in einen Zustand polizeilicher Bevormundung hineinkommen könnten, wie heute — in einen Zustand, der es beispielsweise unter Umständen Sonntag weniger verhängnisvoll macht, eine Semmel zu fehlen, als zu kaufen. Nirgends in der ganzen Welt feiert die polizeiliche Vielregiererei solche Orgien als wie gerade in Sachsen und in Preußen. Den Staatsbürger: möchten wir wirklich einmal kennen lernen, der in der Lage wäre, alles das im Kopf zu behalten, was die Polizei zu verbieten geruht hat. — Wenn man jetzt an höheren Stellen endlich einseht, daß diese Polizeiwirtschaft zur Lächerlichkeit führt, so kann man nur wünschen, daß die polizeiliche Vielregiererei endlich einmal beilegt wird.

#### Zur Reichs-Erbchaftsteuer veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ die Zuschrift eines adeligen Herrn, in der es heißt:

Es wäre vielleicht in Erwägung zu ziehen, dem Erbschaftsteuer-Gesetz, wie es von der Regierung vorgelegt ist, von dessen unheiliger Folgen namentlich für den Grundbesitz einigermaßen zu mildern, Bestimmungen hinzuzufügen, die etwa den folgenden Wortlaut haben:

Eine Erbschaftsteuer darf nicht erhoben werden

1. von einem landwirtschaftlichen oder industriellen Betriebe oder einem kaufmännischen Geschäft, sobald die Mehrheit der Betriebsführung dieser Betriebe resp. des kaufmännischen Geschäftes durch Entnahme der Erbschaftsteuer aus der Erbmasse in Frage gestellt wird oder der Erbe genötigt ist, zum Zweck der Weiterführung Schulden aufzunehmen.
2. wenn bei Erbschaften in einem Werte unter 200,000 M. durch den Tod des Erblassers eine Einschränkung der Lebenshaltung der Erben notwendig wird.
3. von dem Nachlass von Angehörigen der Arme- und Waisen, die von dem Feinde gefallen sind.

Ein Grundbesitzer, der eine Erbschaft von 100,000, 200,000 oder 1,000,000 M. antritt, soll also dann keine Erbschaftsteuer zu zahlen brauchen, wenn er genötigt ist, zur Deckung dieser Steuer eine keine Hypothek aufzunehmen! Ebenso sollen Erbschaften bis zu 200,000 M. steuerfrei bleiben, wenn die Leistung der Steuer den Erben zu einer momentanen Einschränkung dieser Lebenshaltung nötig ist. Als ob man bei den indirekten Steuern Rücksicht darauf nähme, daß eine Arbeiterfamilie mit weniger als 900 Mark Einkommen sich in ihrer ohnehin trostlosen Lebenshaltung noch weitere Einschränkungen auferlegen muß! Eine Hypothek wird freilich ein solcher Proletarier niemals aufnehmen, aus dem einfachen Grunde, weil kein Mensch ihm eine solche geben würde!

Und dann die dritte Forderung! Die Erben vor den Feinden Gefallener sollen keine Erbschaftsteuer zu zahlen brauchen, auch wenn der Nachlass Hunderttausende von Millionen repräsentiert! Dafür dürfen die Angehörigen der gefallenen Proletarier im Glend umkommen! Wirklich: Der Adel der Obalben verpflichtet zu nichts!

Ein pompöser Einfall. Eine kleine Schröpfung will man in Sachsen an den Gewerkschaften vornehmen. Aus Dresden wird berichtet: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Gewerkschaften von allen sächsischen Behörden „heiß geliebt“ werden, wie überhaupt die Arbeiterbewegung. Diesem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der sächsische Steuerfiskus ein neues Mittel erdacht hat, sich der Gewerkschaften Hebel zu bedienen. In Sachsen haben wir bekanntlich eine Vermögenssteuer, die nur den Fehler hat, daß sie die Bestehenden zu sehr schon. Dafür erinnert man sich aber, daß man hier und da von Lokalfonds etc. von Gewerkschaften gelesen hat und zog daraus die Nutzenwendung, daß de noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanzmiserie zu steuern. — Bei dem Durchstudieren der Abschlüsse der Gewerkschaften ist den Steuerräten offenbar das Wasser im Munde zusammengekommen, als sie von teilweise ganz ansehnlichen Klassenbeständen Kenntnis nahmen. Die Folge war, daß sämtliche Gewerkschaften in Dresden mit Steuerbekanntmachungen bedacht wurden. In Sachsen ist eben alles möglich. Vor einiger Zeit wurde sogar versucht, die in den Gewerkschaften gehaltenen Vorträge unter die steuerpflichtigen Veranstaltung zu zählen und „Luftverkehrssteuer“ dafür zu erheben. Der Versuch scheiterte. Auch mit dem neuen Plan werden die sächsischen Steuerfucher wenig Glück haben. Denn die Klassenbestände der Lokalverwaltungen sind im Vermögen, sie gehören den Zentralverbänden und es kann gefordert werden, daß schon morgen die Gelder, die die Steuergier eines sächsischen Finanzgenies erweckt und gezehrt haben, der Hauptkasse überwiegen werden. An sich zeigt das Vorgehen gegen die Gewerkschaften, daß sie noch manches Altentat auf ihre Rechte und ihre Bewegungsfreiheit erwarten dürfen.

Ich meine ein Denkmal wert? Die Tatsache, daß sich eine Reihe Schriftsteller zu einem Komitee zusammengesetzt hat, um Heinrich Heine in Deutschland ein Denkmal zu errichten, hat unsere Pfaffen und deren Helfschter wieder aus dem Häuslein geworfen. Schon vor Jahren erhoben sie einen Stund, als in Düsseldorf ein Heine-Denkmal errichtet werden sollte; sie erreichten auch ihr Ziel, es wurde nichts aus dem Plan. Und weil jetzt der Plan von neuem auftaucht, haben sie jetzt die Christlichsozialen Gift und Galle. Am Freitag Abend hatten sie sich in den Berliner Germania-Sälen versammelt, um die obige Frage zu behandeln. Der „Vorwärts“ berichtete über die Versammlung: Stöder und Rumm waren die Redner des Abends. Rüstend und widerlich aber wirkte es, Stöder zu hören, wie er mit salbungsvollem Ton die niedrigsten Schlupfwürter gegen Heine schleuderte, Schimpfwörter, die nur Stöder selbst herabsagen können. „Ein Schmutzstink ist er, ein Lump, so muß man den Mann auffassen“, rief der Hofprediger a. D. und alles lauchzte Beifall, ausgenommen ein kleiner Teil der Versammlung, der aus Neugierde oder des Mißes wegen gekommen war, etwa wie man in eine Jahresabschluss geht. Von diesen Besuchern konnten einige ein christliches „Bravo!“ nicht unterdrücken, als aus Heines Werken manches fräftige Sprüchlein gegen die Mäcker und Pfaffen vorgelesen wurde. Volker hat rief Stöder diesen Bravorufen zu: „So gehen Sie doch hinaus, und stellen Sie sich neben einen Kaufmann, dann haben Sie Ihr Denkmal für Heine!“ — Und der Mann war Hofprediger. — Herr Ue. Rumm trat als erster Redner auf und verschlangte sich hinter einer ganzen Reihe von Ausprüchen, die allerlei Männer von Ruf einmal gegen Heine getan haben. Rumm verdröchte die Augen über den Gotteslästerer und den unflüchtigen Heine, und erklärte, daß Jünglinge auf dem Wege zum Verderben immer einen Hund von Heine mit sich schleppen. Rumm war ziemlich langweilig, aber Stöder brachte das „Leben in die Bude“. Es wäre eine nationale Großtat, so schimpfte er, wenn man diesem Juden Heine ein Denkmal setzen wollte, diesem Beschimpfer des deutschen Volkes, der deutschen Fürsten und der deutschen Geschichte. Ein drohendes Lachen aus der Versammlung erfolgte, als Stöder in heller Wut ausrief: „Dieser Lumpenkerl hat unsere deutschen Farben verlickert mit den Farben, die der Affe am Steiß hat.“ — Und während das deutsche Volk nach einem Kaiser suchte, habe Heine den Kaiserbalken von Köln vorgeklagen. Schamerlich lönte es durch den Saal, als Stöder die Worte von Heine vorlas:

„Und bedenkt“ ich die Sache ganz genau,  
So brauchen wir gar keinen Kaiser.“

Ueber den stülpischen Heine schlug Stöder die Hände über dem Kopf zusammen. Heine sei ein verberberter Mensch gewesen; in seiner Gedichten wollte er die Frauen aus dem Stabe heraushehlen, um mit ihnen geschlechtliche Missetaten zu treiben. Ein Prediger der freien Liebe sei er. Dieselben Leute, die Heine als „Frau“ gern lesen, freuen sich auch über solche Art von Liebesliedern, wie sie Heine gebietet hat. Demitselbenwert sei der Religionsfeind Heine. Der Mann habe große Talente gehabt, es hätte etwas aus ihm werden können, aber die heftigsten Gedanken werden zu Dred“, wo er sie bearbeitet; seine Gotteslästerungen seien himmelschreiend!

Nur verblendete Juden, stülpische Deutsche, vaterlandlose Sozialdemokraten möchten ein Denkmal für Heine.“ Es wäre ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes, ein solches Denkmal zu errichten. Das sind nur einige Proben aus den vielen Schimpfereien, Lügen und Verleumdungen über Heine, die man in jener Versammlung hören konnte. Daß auf die Juden gehässig losgehaut wurde, wobei Lassalle, Marr, Singer, Stabthagen nicht vergessen wurden, versteht sich bei den Christlichsozialen von selbst.

Unvollständig fallen uns die hübschen Verse von Heinrich Heine ein:

Ich lache ob den abgeschmackten Laffen,  
Die mich anglohen mit den Hochgechtern;  
Ich lache ob den Fächeln, die so nüttern  
Und hämisch mich beschmücken und begoffen

Ich lache ob den aufkackerten Affen,  
Die sich aufblähen zu hohen Selbstgechtern;  
Ich lache ob den fetten Hofschmeißern,  
Die mich bedrohen mit giftgetränkten Waffen.

Zwei Urteile. Einer Rinderei wegen wurde der 14jährige Knabe Richter aus Wölgast zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Junge soll einem anderen sechs Jahre alten Knaben mit Löffelstücken gedroht haben. Wegen dieses Urteils hatte der Vater

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. März.

Beamter oder nicht? Aus Berlin wird uns geschrieben: Der ständige Magistrats-Bureauhilfsarbeiter D. Breslau, der zur Gemeinde-Einkommensteuer nach dem vollen Betrage seines Dienstlohnens herangezogen worden war, beanspruchte für sich das Beamtenprivilegium, d. h. die Herabziehung zur Steuer nach der Hälfte des Dienstlohnens. Der Bezirksausschuß zu Breslau wies seine Klage ab und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Aus Anklängen des Oberbürgermeisters ergab sich, daß der Kläger von Anfang an nur als Hilfsarbeiter angenommen sei, indem man ihm gleich das erste Mal eröffnet habe, und später auch noch mehrmals, daß seine Stellung eine zeitweilige sein solle. Er sei auch nur durch Handschlag zum Pflichterfüllung angehalten worden. Von Bedeutung wäre auch, daß er vor seiner endgültigen Anstellung als Hilfsarbeiter mehrmals entlassen sei, wovon Kläger selber annahm, es sei geschahen, um sein dauerndes Beamtenverhältnis erstehen zu lassen. Kläger habe auch schriftlich im Oktober 1900 erklärt, daß seine zukünftige Beschäftigung wie seine frühere nur als eine vorübergehende angesehen werde, und im April 1901, daß sie als eine kündbare gelte. Er könne nicht sich darauf stützen, daß er die Erklärungen nur abgegeben habe, um sich die Stellung zu erhalten. — Er sei als durch Privatvertrag angestellter Hilfsarbeiter anzusehen.

Der Streik der Böttcher in den Delfabriken dauert schon über vier Wochen unverändert fort. Die Zahl der Arbeitswilligen hat sich durch Abreise von drei Oesterreichern von zwölf auf neun verringert. Es arbeiten jetzt noch acht hiesige und ein österreichischer Böttcher im Betriebe. In der hiesigen Filiale des Verbandes werden 25 Pfennige Extrabezahlung pro Woche erhoben, um den Streikenden einen Zuschuß zur statutarischen Streikunterstützung gewähren zu können. Der Streik ist bekanntlich entstanden, weil die Firma eine in quantitativer Hinsicht unmögliche Arbeitsleistung verlangte. Mehrere Kollegen, die jetzt ein Zeugnis verlangen, um sich andere Arbeit beschaffen zu können, wurde gesagt, man könne ihnen nur hineinschreiben: „Wegen Faulheit entlassen!“

Dringende Aufforderung an die Leser der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bezug Neuordnung der Bibliothek ersuchen wir alle Entleiher, welche noch Bücher aus der Zeit vor 1. Januar 1906 haben, um deren sofortige Rückgabe in die Bibliothek im Gewerkschaftshause, alle Montage von 8—9 Uhr Abends, oder in das Parteisekretariat, Neue Gruppenstraße 5, III., während der täglichen Amtsstunden.

Arbeitswillige gesucht! In Dönitz a. d. Elbe sind in der dortigen Dynamit-Fabrik 100 Arbeiter ausgesperrt. Mehrere Arbeiter in Breslau haben bei uns schon angefragt, ob dort Streik sei, sie wollten nicht Streikarbeit verrichten. Wie sie uns mitteilten, ist ein hiesiger Vermittler beauftragt, Arbeitswillige zu suchen. Er verzögert aber den sich Meldenden, Auskunft darüber, ob in Dönitz sich die Arbeiter im Streik befinden. Deswegen wollen wir es hiermit nachholen.

Gedächtnisfeier für F. G. Adolf Weiß und Philo vom Walde. Am 27. v. Mts. fand im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Feier zum Gedächtnis an die vor kurzer Zeit verstorbenen Dichter F. G. Adolf Weiß und Philo vom Walde statt. Der Redner, Herr Alfred Felge, sprach über die Persönlichkeiten und das Schaffen der beiden Dichter. Er schilderte Weiß als den verdienten Verfasser der „Münchener Chronik der Stadt Breslau“ und als den unerschrockenen und tapferen Kämpfer für die Freiheit des Volkes, als den Feind jeden geistigen und religiösen Zwanges, der Lüge, Heuchelei, Anechtlichkeit und Unterdrückung unerbittlich, bis zu seinem Tode, bekämpfte. Ferner erwähnte der Redner die vortrefflichen Blaubeeren, in denen der Dichter hauptsächlich zwei Figuren schilderte, die durch ihn in Breslau vollständig geworden sind — die „Mutter Rischen“ und der „alte Bruchmüller“. Im zweiten Teile der Feier würdigte er Philo vom Walde, als den tiefen und edlen Freund der Schöpfung, als den Dichter, dessen ureigenstes Gebiet die Lyrik war. Er erwähnte alle die Werte, die Philo vom Walde geschaffen und erneuert hat, sich mit den besten Werken des Dichters, der „Leutenot“ und den „Sonntagskindern“ eingehend zu beschäftigen. Der Redner brachte eine vorzügliche Besprechung der „Leutenot“ aus einer Berliner Zeitung zu Gehör, in der Philo Verdienste um die deutsche Dialektbildung voll und ganz gewürdigt wurden. Der Redner schilderte ferner, wie Philo vom Walde von Jugend an für alles Ehle und Große eingetreten sei und wies darauf hin, wie der Dichter für Friedrich Nietzsche eingetreten ist. Herr Otto Suland sprach Dichtungen von Weiß und Philo mit starker Wirkung. Sein launhaftes Organ und sein tiefes Empfinden gepaart mit seiner Kunst verschafften den Hörern einen wachhaften Kunstgenuss.

Zwei militärgerichtliche Urteile. Der Unteroffizier Paul Grundbe vom Infanterie-Regiment von Döhlen (Schlesisches Nr. 6) in Glogau stand vor dem Breslauer Oberkriegsgericht des 6. Armeekorps als Berufungsinstanz, angeklagt der Mißhandlung seines Untergebenen, des Kanoniers Wilegig, in Ansbahnung des Dienstes. Von dieser Anklage hatte das Kriegsgericht den Unteroffizier freigesprochen. Gegen das Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, die Bestrafung des Unteroffiziers fordernd. Das Gericht habe Zweifel in die Anklage des W. gesetzt, der doch unter Eid bestimmt behauptet, gemißhandelt worden zu sein, daß er Schmerzen im Ohr davongetragen. Daß niemand die Mißhandlung gesehen, spreche nicht gegen Glaubwürdigkeit des W. Der Unteroffizier bestritt die Mißhandlung. Am 19. Juli v. J. gestanden die Kanoniere Miß und Wilegig in Streit und Tätlichkeiten. Der Unteroffizier hatte W. beiseite genommen, zur Rede gestellt, wie er als Rekrut dazu käme, sich an einem alten Rekrut zu vergreifen. Dann habe der Unteroffizier dem Manne mehrere Schläge auf den Kopf, ins Gesicht und auf rechte Ohr versetzt. W. habe sofort und aufs rechte Ohr gehakt, bald sehr schlecht gehört und bekam einen frischen Riß im Trommelfell. Als W. von Kameraden gestagt wurde, wo er seine gerötete Backherbe, erzählt er, daß er von dem Unteroffizier auf verschiedene Stellen worden sei. Dem Sanitätsreferent Bilz gab er schließlich auf Drängen an, von einem Unteroffizier geschlagen worden zu sein. Im Lazarett wurde der Mann behandelt. Der Anklageerichter

Oberkriegsgerichtsrat Laub, beantragt unter Annahme eines mildernden Falles ganze vierzehn Tage Mittelarrest. Das Oberkriegsgericht erkannte aber auf vier Wochen Mittelarrest. Der Unteroffizier habe den Mann heftig ohne Grund geschlagen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften. Die Kartonnagenarbeiter halten eine wichtige Versammlung zwecks Besprechung der Werkstatt-Verhältnisse bei Seiber, Herrenstraße Nr. 19, am Mittwoch, den 7. März ab. Die Sattler versammeln sich Sonnabend, den 3. März im „Grünen Bogen“, Kupferschmiedestraße. Genosse Albert hält einen Vortrag.

Neueste Nachrichten.

Opfer des patriotischen Dienstes. Bürgerliche Blätter melden: Der Berliner Verband für erste Hilfe, der in Verbindung mit der Berliner Sanitätskolonne und der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger den Sanitätsdienst für den nationalen Festtag am Montag eingerichtet hatte, hat in 188 Fällen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen erste Hilfe geleistet. Mit den Krankenwagen des Verbandes wurden neun Personen nach den Hospitälern oder den Wohnungen gebracht. Als schwerere Fälle erwiesen sich 14 Verletzungen, darunter mehrere Armbrüche und eine Gehirnerschütterung; vier Personen wurden überfahren. Der Automobilkrankenwagen mußte in vier Fällen in Anspruch genommen werden.

Ein schweres Unglück.

aus Anlaß der Patrioten-Schießerei hat sich am Dienstag in Kofersberg O.S. ereignet. Darüber wird berichtet: Ein schweres Unglück ereignete sich bei dem anlässlich der Silberhochzeitfeier von der Schützenhilfe veranstalteten Wettschießen am drei Schießen, indem der zur Unterstützung des Jägers die beiden Schießen bedienende Schloßmeister Hoffmann auf das erfolgte Glockenzeichen zwar in Ordnung ging, sich dann aber plötzlich zur Befestigung eines geringen Unfalls nach dem Schießen begab. In demselben Moment aber gab das Schützenvereinsmitglied K. einen Schuß ab, der den Schloßmeister Hoffmann mitten in's Herz traf. Der Schütze stellte sich selbst der Anklagebeuge. Hoffmann war verheiratet und Familienvater.

Wetterologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Datum, 1. März, 2. März, 3. März, 4. März. Rows include Luftwärme (C), Luftdruck bei 0 (mm), Niederschlag (mm), Dunstfättigung (pCt.), Wind (N-12), and Wetter.

Ständesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. IV. Schuhmacher Gustav Weiß, ev., Friedrichstraße 74, und Klara Rehnert, ev., Wehenmüllersstraße 71. — Tischler Viktor Hierobisch, kath., Gabelstraße 64, und Pauline Schäfer, kath., Hofstraße 7. — Schlosser Reinhold Selter, ev., Ananiasstraße 18, und Bertha Hoffmann, kath., Neudorfstraße Nr. 111. — Chemiker Dr. Gustav Wenzl, ev., Senglich, und Elia Legas, ev., Viktoriasstraße 95. — Ingenieur Gerhard Neumann, ev., Charlottenburg, und Elfrida Legas, ev., Viktoriasstraße 95. — Privatmann Jonas Rothmann, luth., Gräblichstraße 182, und Rosalie Brauer, geb. Eisner, luth., Kattowitz. — Maurer August Reimann, ev., Perderstraße 19, und Johanna Kuhn, geb. Unger, ev., ebenda. — Provinzial-Seniorenrat Otto Reibel, ev., Rothringstraße 16, und Klara Springer, ev., Wallstraße (Reichsbank). — Bahnarbeiter Hermann Wehl, ev., Museumsplatz 9, und Martha Roy, ev., Museumsplatz 10. Geburten. II. Arbeiter August Viertel, evang., S. — Gutsformbrücker Johann Aulis, ev., T. — Damenschneider Johann Andzejewski, kath., T. — Arbeiter Hermann Weigert, ev., S. — Kupferer Josef Rembe, kath., T. — Schlosser Eugen Kuhn, ev., S. — Gasthausbesitzer Max Scholz, ev., S. — Haushalter Robert Müller, kath., T. — Bahnarbeiter Paul Dabit, kath., T. — Modellschneider Wilhelm Weisler, ev., S. — Raffinerer Wilhelm Pelade, kath., S. — Maschinenwärter Paul Schönsel, ev., S. — Arbeiter Anton Kausch, kath., S. — Kupferer August Schierlein, ev., T. — Drehschleifschleifer August Kradich, ev., Zwillinge, 2 S. — Steinmetz Adolf Kahl, ev., T. — Schlosser Gustav Reich, ev., S. — Bahnarbeiter Wilhelm Kuhn, ev., T. — Freilehrer Gustav Krefel, ev., S. — Gasanfallsarbeiter Paul Klotz, kath., T. — Brauerarbeiter Paul Klotz, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Glog, ev., S. — Arbeiter Heinrich Hoch, ev., S. — Privatgelehrter Hugo Jüdel, ev., T. — Malermeister Gustav Delang, ev., S.

Oesterreicher 33. 1. Besondere Papiere brauchen Sie zum Kauf des Hauses nicht. 2. Ja. 3. Die in Frage kommende Verhebe kann unter Umständen alles; Ihre Befürchtung teilen wir aber nach unseren Erfahrungen nicht.

Versammlungen und Vereine.

Breslau. Im Partei-Sekretariat. Neue Gruppenstraße 5/6, III., werden jederzeit Renaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Vorkaufmittel auf die „Volkswacht“ zu haben. Gewerkschaftshaus. Sozialdemokratische Diener-Abende. Jede Woche: Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Billardzimmer; Freitag, Abends 8 Uhr, des Gewerkschaftshauses. Tagelirer-Verband. Donnerstag, den 1. März: Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Dr. med. Landsberg über Tuberkulose. Zimmer 3 und 4. Freitag, den 2. März: Abends 7 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung. Zimmer Nr. 2. Sonnabend, den 3. März: Tagelirer-Krankenkasse (Gamburg). Abends. Part. links. Sonntag, den 4. März: Regitationsabend. „Das lebende Gebot.“ Regitator: Emil Wallotte-Berlin. Beginn 5 Uhr. Eintritt 10 Pf. Zimmer. Vormittags 11 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 1. Alle Erscheinungen in Pflicht. Musikanten- und Sektierverband (Nat. Zentr.). Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2. Tagelirer. Vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 7. Steinfeiler. Nachmittags 8 Uhr: Öffentliche Versammlung.

des Biergeschäfts den Verkauf einleitet. Aber die Strafkammer verurteilt den Verurteilten zu 15 Monaten Gefängnis, weil er die Strafkammer betrogen hat, daß der Junge für seine Leibeskräfte nicht geeigneter Trochus, also einer Kinder wegen, zwei Monate Gefängnis bedient. — Von demselben Gericht erhielt der Geschäftsführer Gerhard aus Zuckers 150 Mark Geldstrafe, weil er in der Kegel seines Vaters einen vierzehnjährigen Jungen an einem Spielwert beschäftigt, an dem die Schuldvorrichtungen fehlten, und wobei dieser Junge mit dem Fuß in das Getriebe geriet. Der Junge wurde darauf gerichtet, daß er seit seinem Lebens ein Knecht sei; denn das verleihe Wein mußte ihm bis zum Ankle abgenommen werden.

Zur Reichstagswahl in Niederösterreich ist seitens des Bundes der Landwirte der Oberländer Dr. Köfeler als Kandidat aufgestellt worden.

Eine milde Strafe. Das Landauer Kriegsgericht hatte in seiner Sitzung am 24. Februar gegen den Bismarckhelfer Konrad Schönerling vom 23. Infanterie-Regiment in Saarbrücken zu verhandeln, der sich in seiner Eigenschaft als Kommandantoffizier auf alles Mögliche erlaubte zu dürfen glauben. Schweininger war auf seiner „Kammer“ der Kleinrentner aller Preußen. Kam so ein armer Teufel von einem Infanteristen und verlangte etwas, so kam er bei dem Allgewaltigen, der in seiner Gemütskur nicht gefehlt sein wollte, schön an. Der Infanterist Kappes wollte eine bessere Wohnung haben, anstatt derselben bekam er die Hand des Herrn Bismarckhelfers zu spüren und mußte, ohne sein Ziel zu erreichen, mit Pöbeln abschließen. Der Infanterist Kappes wollte ein Paar Trümpfe haben, ein kräftiger Stroh auf die Brust sollte ihn belehren, daß davon keine Rede sein könne. Mit gleichem Anliegen kamen die Infanteristen Götting und Varier; ersterer wurde von Schweininger vier- bis fünfmal darauf an den Kopf geschlagen, daß er zu Boden fiel, letzterer faßte er an der Brust, zog ihn hin und her, daß auch Varier mit dem Boden Bekanntschaft machte. Der Infanterist Schmidt lieferte eine Konjur ab, die nicht nach dem Gewichte des Angeklagten gerichtet war. Vier bis fünf Schläge in das Gesicht sollten dem Schmidt begreiflich machen, daß es in Zukunft besser mit dem Reimigen der Luft gehandhabt werden müsse. Den Infanteristen Preitenbach schlug Schweininger mit der Hand auf den Kopf, den Infanteristen Wolf geriet er an den Hals. Er sprach sein Geängnis, noch nicht einmal Mittelstrecke heraus, der Soldaten-Gewaltigen vierzehn Tagen gelinden Arrest davon.

Geachtete Juden. Dem Geh. Kommerzienrat Fritz Friedländer, Inhaber der Kohlenfirma Casar Wolfheim, ist der Adel verliehen worden.

Uebens ist dem Geh. Kommerzienrat Dr. Georg Karo, dem Besitzer des „Konfektionärs“ in Berlin, der Adelstitel verliehen worden.

Man schlägt sich, man versträut sich. Die bisher wöchentlich der „Deutschen Wacht“ und dem vom Abg. Zimmermann geleiteten deutschen Reformverein zu Dresden bestehenden Differenzen sind nunmehr „ausgeglichen“. Eine aus Beiräten des Reformvereins und der „Deutschen Wacht“ bestehende Kommission hat ein Abkommen geschlossen, wonach die „Deutsche Wacht“ wieder als Organ der Reformverein zu gelten hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Antisemitische für ewige Zeiten in Sachen abgewirtschaftet haben.

Ausland.

Die Zahl der Wähler zum österreichischen Reichsrat wird nach dem neuen Wahrgesetz über 3 Millionen betragen, wobei die Hälfte der Wählerzahl des Deutschen Reichs, wo die Wählerzahl im Jahre 1903 12,581,248 betrug. Wahlrecht zur Wahl eines Abgeordneten ist jede Person männlichen Geschlechts, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen oder ausgeschlossen ist und innerhalb der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder in der Gemeinde (Wahlbezirk), in der das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausschreibung der Wahl seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz hat. Wählbar als Abgeordneter ist jede Person männlichen Geschlechts, welche die österreichische Staatsbürgerschaft seit mindestens drei Jahren besitzt, das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen oder ausgeschlossen ist. Nach der Volkszählung im Jahre 1900 gab es dort 6,948,763 über 24 Jahre alte Männer, davon waren:

Table with 2 columns: Nationalität, Anzahl. Rows include deutsch, sächsisch, polnisch, ungarisch, slowenisch, serbisch-kroatisch, italienisch, rumänisch.

Etwas über die königliche Stillsitze und ähnliches. Die Sozialdemokraten hatten im Folkeingebende Verabredungen und Streikaktionen vorgeschlagen. Sie wollten u. a. die Stillsitze von einer Million auf 120,000 Kronen herabgesetzt wissen, die Abnahme des Kronprinzessin von 120,000 auf 43,000 Kronen; das Adelsgeld der Kronprinzessin sollte überhaupt wegfallen, und von den acht Schwestern und Brüdern des Königs sollten vier für allgemeine Staatszwecke rekrutiert werden. — In der Folkeingebende hatte b. merkte Genosse M. D. L. u. es sei ganz veraltet, den Vorliegenden der Staatsorganisation auf Lebenszeit zu wählen; wenn das nun aber gelährt, so müßte man wenigstens das Recht haben, wachsende Veränderungen des Lohnes dieser Staatsvorliegenden vorzuschlagen. Aber außer den 16 Sozialdemokraten stimmte keiner für diese Vorschläge.

Mehr Schutz den Arbeiter-Kindern. Die niederländische sozialdemokratische Frauenzeitung „De proletarische Vrouw“ hat eine Kinder-Heilanstalt eingerichtet, die dazu dienen soll Kindern von Parteigenossen die Sommerferien angenehm und nützlich zu machen, und zwar durch Auswechslung der Stadtkinder mit den Landkindern. Die Leitung der Angelegenheit liegt in den Händen des sozialdemokratischen Frauenpropagandakomitees in Amsterdam. Für dieses Jahr soll sich der Versuch auf die Provinzen Nordholland und Groningen beschränken.

Das Elend der Arbeitslosigkeit wird in Spanien immer größer. Besonders sind die Landarbeiter durch die starke Kälte, welche in der letzten Zeit geherrscht hat, in große Bedrängnis geraten. Die Ernte in Andalusien und anderen Provinzen dürfte infolge des Frostes vollständig verloren sein. Ganze Bänder Beschäftigungsloser ziehen plündernd von Ort zu Ort. Den Gemeinde- und Stadterwählungen ist es gar nicht mehr möglich, die große Zahl der Hungernden zu nähren. Die Regierung beschäftigt sich mit entsprechenden Maßnahmen. In Madrid sollen öffentliche Arbeiter zur Auslösung gelangen. Der Minister für öffentliche Arbeiter wird nach Andalusien gehen, um dort ebenfalls Arbeiten aus Staatsmitteln in Angriff nehmen zu lassen; vor allem sollen Straßen gebaut werden.

Aus Russland.

72,000 politische Gefangene schickten zur Zeit nach einer Feststellung der russischen Gefängnis-Verwaltung in den Gefängnissen in Russland.

Eine Massenschlächtere.

Aus Werchno-Ubinsk (Transbaikalien) wird berichtet: Das Kriegsgericht urteilte über dreißig Eisenbahnangestellte ab. Vier wurden zu Zwangsarbeit, neun zum Tode verurteilt. General Kamenkows begnadigte vier der zum Tode Verurteilten zu Zwangsarbeit, die fünf anderen wurden hingerichtet.

**Dienstag, den 4. März:**  
**Schirmmacher.** Wichtige Versammlung. Vortrag des Genossen Albert.  
**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**  
 Distrikt 3 (Gräßlacher Vorstadt).  
 Bezirke 1, 6, 7, 8, 9, 10, 11. (Freitag 1, 3, 4). Freitag, den 2. März, Abends 8 Uhr. Zusammenkunft und Ballabend.  
 Distrikt 4 (Fräulein I.).  
 Bezirke 5 u. 6. Donnerstag-Abend Besprechung im neu bekannten Lokale.  
 Distrikt 5 (Bäckerwerk).  
 Die Flugblattverteilung findet nicht bei Gräbelle statt. Die Bezirksführer kommen am Donnerstag in dem bekannten Lokale zusammen.  
 Distrikt 7 (Nikolaier).  
 Diejenigen Genossen, welche in letzter Zeit für die „Vollmacht“ neue Abonnenten geworden haben, werden ersucht, sich Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 Uhr, im Distriktslokal einzufinden.

**Dienstag 15 (Oskarier).**  
 Bezirke 5 u. 7. Freitag, den 2. März, Abends 7 Uhr, im bekannten Lokale.  
 Sand-Distrikt 2.  
 Für K.-Gonbau, Hof, Schmiedefeld und Wilms Zusammenkunft Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 Uhr, in Schmiedefeld.  
**Brieg.** Zimmerer-Verein. Sonnabend, d. 2. März, Abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Verbandslokal. Von 6-7 Uhr: Ballabend. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Damen sind mitzubringen.  
 Der Vorstand.  
**Klein-Zeubusch.** Arbeiter-Versammlung. Sonntag, den 4. März, Nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Auffellung der Kandidaten zu den Gemeindevertreterwahlen. Verschiedenes. Massenbesuch notwendig.  
**Kattowitz.** Freie Turnerschaft. Sonnabend, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Goldberg.** Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Viegau-Goldberg-Sagan. Ortsgruppe Goldberg. Sonnabend, den 2. März, Abends 8 Uhr im Gasthof zum „Neuen Haus“: Mitgliederversammlung. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.  
 Der Vorstand.  
**Schmiedeberg.** Oeffentl. Metallarbeiter-Versammlung. Sonnabend, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, im goldenen Schlüssel in Schmiedeberg. Tagesordnung: 1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Referent Kollege Schlegel-Dreslau.  
 Verantwortlich für die Rubriken: „Dreslauer Nachrichten“, „Aus Schlesien und Posen“, das Feuilleton und die Inserate: Robert Albert; — für alles Uebrige: Franz Rißke. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schick; — Druck von Th. Schick & Co., m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hieran 1 Beilage.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Die Fäbik.“  
 Freitag:  
 Anfang 7 Uhr:  
 „Die Belungen.“  
 „Der nehmste Siegfried.“  
 „Die-fried's Tod.“  
 Sonnabend:  
 Anfang 8 Uhr:  
 „Zalome.“

**Altwasser.**  
 Zwei anständige Herren finden Schlafstellen bei 681  
 Louis Ulrich, Altwasser 2. Bezirk Nr. 9, 1. Trepp.  
 Behandlung aller Krankheiten nach dem Naturheilverfahren und Homöopathie 156  
 H. Künzel, Gottesberg, wohnb. b. Fleischermstr. Schwarzer.  
 Kaufe geb. Möbel, Eischränke, Kinderwagen, u. Wohnungseinrichtung, auch Sof. Zahlung. Wähler. Garlenstr. 36. 1664

Schon 10. bis 13. März ex. Ziehung der  
**Königsberger Gold-Lotterie**  
 Lose à 3 Mark Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**Criener Dombau - Geld - Lotterie**  
 Ziehung 27.—31. März ex.  
 Lose à 4 Mk. Halbe à 2 Mk. Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
 Lose zu vorstehenden Lotterien empfehle  
**B. Klement, Breslau I, Ring 22,**  
 geradeüber vom Schweidnitzer Keller,  
 Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

fordert überall die neue  
**Chemische Adinin-Schmierseife**  
 zum Einweichen und Waschen von  
**Arbeiter**  
 -Leib-, Bett-, Haus- u. Kinderwäsche  
 das Pfund 24 Pfg.  
 Laßt Euch nichts anderes aufschwagen!

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Die Hebräer.“  
 Freitag:  
 „Die Geisha.“  
 Sonnabend:  
 „Der Weg zur Götter.“

**Auktion!**  
 Handlich-Institut  
 Matthiastraße 118, I. Et.  
 Verlängerung bis 6. März ex.  
 Verk. geb. gut. u. billig. Möbel, Schränke, Stühle, Sofas, u. Stuben-Einrichtung, u. 20, 30 u. 50 Mk., geb. Kinderwagen, u. bill. Friedrichstr. 66, a. Dauten. 664

**Gute, billige Uhren,**  
 unter mehrjähriger Garantie,  
**Gold- und Silberwaren,**  
 Herren-Uhren u. 8 Mk. an  
 Feil. Herren- u. Damen-Uhren u. 6 Mk. an  
 Goldene Damen-Uhren u. 12 Mk. an  
 Regulatoren u. 7 Mk. an  
 Wanduhren und Wecker u. 2 Mk. an  
 Goldene Herren-Uhren billig.  
 Gravirung und Restauration in verschied. Gold.  
 Musikwerke.  
 Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt sauber und billig ausgeführt.  
**R. Lottloff, Uhrmacher, Nikolaistr. Nr. 41.**

„Zum Faust“  
 Festivitäten-Verkehrs-Institut.  
 Direction:  
**Rud. Oscar Schliwa (Hermany)**  
 Theater-Regisseur x Artist, Leiter x Fest-Arrangeur.  
 Breslau X, dicht am Wäldchen, Halle'sche's sämtl. richt. Breslau X,  
 Kohlstr. 11, Linen. Besondere Ver- Gohlstr. 11,  
 pt. u. I. Etg. Stadtteilen u. Bahnhöf. pt. u. I. Etg.

**Chalia-Theater.**  
 Sonntag Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Abtinaelust.“

**Fraugott Friedrich**  
 Friedrich-Wilhelmstr. 85.  
 Besuche allen Bekannten und Bekannten meine  
 Papier- u. Schreibwaren-Handlung  
 in empfehlende Erinnerung.  
 Digne u. Zigar. in Geb. Fabrikat.  
 Friedrich-Wilhelmstr. 85. 1661

**Billigste Bezugsquelle**  
 aller Konsumenten.  
 Bester weicher Farin, Pfd. nur 17 Pf.  
 Alle Sorten Würfelzucker, " " 23 Pf.  
 Reinstes Weizenmehl, " " 14 Pf.  
 Grießler Kaiser-Auszugmehl " " 15 Pf.  
 Kartoffelmehl, " " 13 Pf.  
 Stückzoda " " 4 Pf.  
 bei 5 Pfund 18 Pf.  
 Amerikan. Petroleum, Liter 19 Pf.  
 Kaiser Otto-Richorie, Pack 12 Pf.  
 Alle anderen 10 Pf.-Richorien nur 9 Pf.  
 Beste Schmierseifen, Pfund 18-22 Pf.  
 Stegseifen, Steg 15-42 Pf.  
 Gutfkochende gelbe u. grüne Erbsen, Pfd. 14 Pf.  
 Große Schachtel Stiefelschmiere, Schachtel 8 Pf.  
 Gutes Gurela-Seifenpulver, bestes  
 Waschmittel, Pack 14 Pf.  
 3 Pack 40 Pf.  
 sowie alle anderen Artikel zu äußerst billigen Preisen  
 Verehrte Hausfrau! Ich diene Ihnen entschieden die größten Vorteile und bitte ich Sie, machen Sie künftig Ihre Einkäufe nur noch bei  
**Reinhold Schiller, Hinter-Fellhammer. 4%**

Festivitäten-Arrangements und -Ausrichtung.  
**Größtes sachtechnisches Spezial-Büro**  
 Masken-Kostüm-Verleih,  
 Theater-Kostüm-Versand 1. Rangos.  
**Ganz Breslau!** weiß es, daß der von Publikum und Press. durch seine glänzenden Arrangements und Ausrichtungen als sach- und fachkundiger altrenommiertes Spezialist und Autorität 1. Rangos ohne Konkurrenz längst anerkannter Inhaber und Leiter obigen Instituts dieses hier zum Abdruck gebrachte „Kauf-Risico“ seit 5 Jahren ausschließlich allein zu seinen Bekanntmachungen benutzte. Es wird derselbe jedweden Mißbrauch seines Rechts mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen wissen.

**PALMIN**  
 Feinste Pflanzenbutter zum Kochen, Braten und Backen

**Liebig's Etablissement**  
 Zelterstr. 164a.  
**Enigmarelle**  
 und 11 Debats.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Höchst wichtig für Hausfrauen!**  
 Feine Vanille-  
 Stücken-Schokolade  
 gar. rein à Pfund 80 Pf., bei 10 Pf. 1 Rfd. Rabatt.  
 Entöltster reiner Kakao von höchst reiner Pressung.  
 Familien-Kakao à 1/2 Pfund 25 Pf., ein ganzes Pfund 95 Pf.  
 Konsum-Kakao à 1/2 Pfund 30 Pf., ein ganzes Pfund 1.15 M.  
 Haushalt-Kakao feine Qualität à Pfd. 1.40 M., bei 3 Rfd. 1. Rfd. Rabatt.  
 Zahne-Kakao feinschmeckend, leicht verdaulich à Pfd. 1.40 M.  
 Zahne-Schokolade gelblich, weiches, wohlgeschmeckt à Pfd. 1.40 M.  
 Mokka-Schokolade feine Qualität à Pfd. 1.60 M.  
 Kandierter Kakao in jeder Feinheit à Pfd. 25 Pf.  
 Kakao-Schalen à Pfd. 10 Pf.  
 Tees neuer Ernte feine Mischung à Pfund 1.40, 1.60, 1.80, 2.20, 2.80 bis 3.60 M.  
 Grün-Tees à Pfund 1.20 bis 1.60 M., empfehllich.  
**Wilhelm Boese**  
 Schokoladen-Haus  
 Breslau I., Dorotheenstr. 3  
 Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwaren-Fabrik.

**Damen-Stiefel**  
 Handarbeit, aparte Formen, überaus preiswert 651  
 Bruno Rosenthal,  
 Schmiedebücke 27.

**Extra billiges Angebot!**  
 Herren-Anzüge von 8 bis 32 Mk.  
 Konfirmanden-Anzüge von 6 bis 24 Mk.  
 Knaben-Anzüge, Hosen, Paletots, Joppen auffallend billig.  
**Bekleidungshaus Jacob Markus**  
 Friedrich-Wilhelmstraße 22.  
 Vorseiger dieser Anzeige erhält 5% extra Rabatt.

**Victoria-Theater**  
 (Simmentaler Garten).  
 12 Attraktionen 12  
**Leo Tardy-Trio**  
 Die Könige der Luft.  
**Linnés**  
 Prolog.  
**Willi Heyden**  
 Summen  
 Sonntag 7 1/2 Uhr.  
 Besuche an den Abendstunden möglich.

**Ein Lügler-Eich**  
 alle in verkaufen 1608  
 Mathiasstr. 110, S. Zschaler.  
 Damen-Mäcken zu verleihe  
 E. Simon, Dorotheenstr. 85  
 u. Graas, Dorotheenstr. 1468

**200 Masken 200**  
 M. Scherner, Dorotheenstr. 15.  
 Zur Konfirmation u. Kommunion  
 Damen- u. Herren-Mäcken, Blusen  
 und Kleider, auch für die Elise  
 Simon, Dorotheenstr. 85, II. 28. 1658

**Kaffee**  
 vorzügl. i. G. G. 2/3, Pfd. 25 Pf.  
 Hausbrottschokolade Tafel 13 ..  
 better Farin Pfd. 17 ..  
 K. Speise-Margarine .. 37 ..  
 „ „ „ „ 69 ..  
 Berliner Pralinenpulver .. 63 ..  
 Nüssen .. 14 ..  
**Zigaretten Nr. 9**  
 vorzügliche Qualität 10 St. à 35 Pf.  
**Franz Gröschel**  
 Grathenstr. 60. 1670

**Auf Teilzahlung!**  
 Möbel, Spiegel, Polsterwaren,  
 Regulateure, Bilder, Tischdecken,  
 Gardinen u. s. w.  
 kaufen reelle und pünktliche Leute preiswürdig, per  
 Halle ganz, tolle Waren werden mit kleinem Nutzen  
 verkauft. 634  
**Gebr. Buchmann, Inh.: F. Buchmann,**  
 Fischergasse 26, am Wachtplatz.

**Pfandleihe Münzstr. 2 G. Freundt.**  
 Zuwärts brist.

## Breslauer Finanzpolitik.

Dem neuen Finanzminister der Stadt Breslau, Herrn Kammerer Matthes, werden diejenigen „Stückchen“, die be- rufen sind, den Breslauer Stadthaushalt zum Gegen- stand ihrer Studien zu machen, Dank wissen für eine Tat, die in weiteren Kreisen gar nicht gewürdigt werden kann: für die Entfaltungskur, die Herr Matthes an den vormaligen städtischen Staatsbänden vorgenommen hat. Um mehr als zwei Drittel des bisherigen Umfangs ist dies Staatsun- gültum vermindert, das heißt allerdings nur äußerlich, „in sich“ hat der eine neue Band erheblich mehr als ein- schließlich von größerem Umfang. Es ist alles geordneter und übersichtlicher geordnet, ohne die Grundgestalt des Staats zu verändern, neben vielem Ueberflüssigen ist freilich auch einiges nicht Ueberflüssige weggefallen — im ganzen aber kann man dieser kommunalen „Reform“ nur seine Aner- kennung aussprechen.

Bei der Besprechung des vorjährigen Stats konnten wir Herrn Matthes, der damals zum ersten Mal an die Aufstellung des Breslauer Gemeindefats ging, unser Ein- verständnis mit den Grundgedanken seiner Finanzpolitik aussprechen. Mit dem Jahre 1910 muß Breslau bekannt- lich seine Schlachtsteuer aufheben, die etwa 2 Millionen Mark einbringt. Herr Matthes würde sich nun bei Setzen dieses Erfahrs für diesen Ausfall an Einnahmen um- sehen, um nicht im verhängnisvollen Jahre 1910 den Stadthaushalt in Unordnung zu bringen. Und so schlug er im vergangenen Jahre vor, von denjenigen Be- trieben, welche stets eine Haupteinnahmequelle der Stadt bilden werden, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, Ueberschüsse in der nächsten Zeit nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie sich solche bei möglichstster finanzieller Prä- stigung und Erweiterung dieser Werke erzielen lassen. Vor allem sollten die Rücklagenfonds der Werke aus deren eigen- en Einnahmen in ausgiebiger Weise gestärkt werden. Dann könne man später so große Ueberschüsse erwarten, daß der Ausfall an Schlachtsteuer zum erheblichsten Teile gedeckt würde.

Dieser Gedanke war so richtig, daß wir nur bedauern konnten, ihn nicht konsequent durchgeführt zu sehen, in- dem der vorjährige Stat es nicht bei den im vorherge- gangenen Jahre erhobenen Einnahmen, Grund- und Ge- werbesteuern beließ, sondern diese nicht unerheblich herab- setzte. Die Stadtverordnetenversammlung drückte die Säge dann noch weiter herab und verminderte auch die Höhe der Rücklagen der Betriebswerke herab, daß von einer Ver- wirklichung jenes guten Gedankens kaum noch die Rede sein konnte.

Wenn wir uns die allgemeinen Betrachtungen der dies- jährigen Erläuterung zum Stat ansehen, müssen wir zu dem sehr unerfreulichen Resultat kommen, daß unser städti- scher Finanzminister von der Verwirklichung jenes früheren guten Gedankens heute weiter entfernt ist, wie im Vor- jahre. Neben der Forderung der Betriebswerke sollte jener voraussehenden Postul auch der Plan dienen, noch in den nächsten, voraussichtlich finanziell guten Jahren der Wegfall der Schlachtsteuer eine Reihe von Einrichtungen zu treffen, und bauliche Aufgaben zu erfüllen, so daß die ersten Jahre nach der Beseitigung der Schlachtsteuer von solchen kostspieligen Anforderungen frei bleiben konnten. Der Ver- wirklichung dieses Planes sollten die großen Ueberschüsse der Jahre 1903 und 1904 dienen, die, ein Produkt der irrigen Finanzgebarung des verstorbenen Kammerers Weller, mit 1 Million 400,000 Mark für das vergangene Jahr 1905 und mit nicht weniger wie 2 Millionen 330,000 Mark (in runden Summen) für das neue Staatsjahr 1906

zur Verwendung kommen sollten. Damit aber ist es „Eilig“ geworden, wenigstens für das neue Staatsjahr. Der Ueberschuss muß, wie es im vorliegenden Statseposse heißt, „vielmehr zu einem verhältnismäßig erheblichen Teile zur Deckung solcher Ausgaben in Anspruch genommen werden, die zu letzten die Stadt verpflichtet ist oder die sie, wie die Gehaltssteigerungen, freiwillig auf sich nimmt.“ Was das für Ausgaben sind, werden wir später im einzelnen sehen!

Aber auch der Hauptgedanke, der im Begleitbericht des vorjährigen Stats aufgestellt, „Geschäftspunkt der tunlichsten finanziellen Präftigung und Erweiterung der Betriebs- werke“ erscheint im neuen Stat ziemlich aufgegeben. Nach den Erklärungen im diesjährigen Eposse mußten „die Ein- nahmen der in günstiger Entwicklung begriffenen Gas- werke verhältnismäßig hoch veranschlagt, dem Rücklagen- fonds der Elektrizitätswerke aber wie für 1905 so für 1906 lediglich der Betrag zugesührt werden, welchen die im nächsten Jahre notwendigen Erweiterungen etwa erfordern.“ Schuld daran sollen „die im Laufe des letzten Jahres zum Teil wiederholt bewilligten erheblichen Löhner- höhungen“ sein, die „den Ertrag der Werke besonders geschmälert“ haben. Die schweren finanziellen Wirkungen der Lohn- und Gehaltssteigerungen spielen im diesjährigen Erläuterungsbericht zum Stat überhaupt eine ganz her- vorragende Rolle, mit welchem Recht, das soll später noch geprüft werden.

Trotz dieser bedauerlichen Abweichung vom ursprüng- lichen guten Gedanken hat man aber nicht einmal eine ent- sprechende finanzielle Wirkung, eine wesentliche Erhöhung der Ueberschüsse aus den Betriebswerken erzielen können. Nur um 320,618 Mark höher wie in 1905 sind für das kommende Staatsjahr die Ueberschüsse aus den Betriebs- werken angenommen worden. Man hat sich im vergange- nen Jahre sehr verrechnet, als man annahm, die von den Interessenten lebhaft geforderte und von der Stadt ge- wünschte Senkung des Preises für elektrisches Licht von 60 auf 50 Pfennige würde zu einer erheblichen Steigerung der Zahl der Abnehmer wie des Verbrauchs bei bisherigen Abnehmern führen. So wird trotz der geringen Abschrei- bungen vom Elektrizitätswerk nur ein Ueberschuss von 505,400 Mark, das heißt nur 29,410 Mark mehr wie im Vorstat, veranschlagt.

Noch schlimmer hat man sich mit dem Wasser- werk verrechnet. Im vorjährigen Statbericht wurde noch angenommen, „daß nach der Fertigstellung der Grund- wasserwerkungsanlage der Wasserverbrauch beträchtlich steigern wird, daß die Einnahme aus Wassergeld um 128,000 Mark höher als im Vorstat sein wird.“ Im diesjährigen Stat aber heißt es, „daß für 1906 nur mit einem gegen den Vorstat um 172,238 Mark zurückbleibenden Ueberschuss von 157,000 Mark gerechnet werden kann, denn bei der schon zu achte Jahre des Wasser- werks im laufenden Jahre kann aus dem Wassergeld nur eine Mehreinnahme von 21,000 Mark erwartet wer- den.“ Das ist eine grausame Enttäuschung der Hoffnungen, die auf die Wirkung der neuen Wasserwerkungsanlage gesetzt wurden. Denn diesen ganz geringfügigen Mehreinnahmen stehen gewaltige Mehrausgaben gegenüber.

Als die Steigerung der Ueberschüsse aller drei Be- triebswerke in diesem Stat schon unverhältnismäßig ge- ringere wie im Vorjahre, so werden die Ueberschüsse nach der Verabschiedung des Stat Kammerers aber in den näch- sten Jahren „noch erheblich geringer“, indem die zum Bau der vierten Gasanstalt und zur Erweiterung der Wasser- und Elektrizitätswerke bis Ende dieses Jahres anzuwen- denden Mittel von etwa 9½ Millionen Mark spätestens vom 1. April 1907 ab zu verzinsen und zu tilgen sind.

Das gibt dann ein recht unerfreuliches Bild der zukünftigen Breslauer Finanzver- hältnisse. Herr Matthes meint, daß zwar für den vorliegenden Stat noch „von einer Erhöhung der Ein- nahmen der Betriebswerke durch Heraushebung der Gebühre und von einer Erhöhung der Steuer- zuschläge abgesehen werden konnte, weil der beson- ders hohe Ueberschuss des Jahres 1904 (eben die zweiein- drittel Millionen Mark des Herrn Weller) die Mittel zur Deckung der fehlenden ordentlichen Einnahmen bietet.“ Aber mit dieser Herrlichkeit ist es bald aus, denn aus dem jetzt zu Ende gehenden Staatsjahr ist „trotz der in der Stei- gerung der Einnahmen“ und vor allem der Gewerbesteuer zum Ausdruck kommenden günstigen Entwicklung der wirt- schaftlichen Verhältnisse ein Ueberschuss von annähernd gleicher Höhe nicht zu erwarten“, versichert Herr Matthes uns. Das ist ja auch kein Wunder, sind doch im Jahre 1905 ganz bedeutend verringerte Steuererträge gegenüber dem vorhergegangenen Jahr zur Hebung gelangt.

Für die kommende magere Zeit ist das Programm unseres städtischen Finanzleiters denn auch fertig. Es heißt: Starke Einschränkung aller nicht un- bedingt gebotenen Ausgaben und Er- höhung solcher ordentlichen Einnahmen, die in ihrem Jahresertrage möglichst geringen Schwun- gungen unterworfen sind, in erster Linie: Erhöhung des bisher sehr niedrigen Wassergeldes. Ob man mit dem zweiten Teil dieses Zukunftsprogramms durch- kommen wird, ist gewiß zweifelhaft, sind doch unsere in der Stadtverwaltung privilegierten Hausbesitzer ent- schiedene Gegner der Erhöhung des Wassergeldes, weil sie davon eine Schwächung ihres Profits befürchten. Auch uns erscheint dieser Ausweg nicht als ein guter, bedeutet er doch jedenfalls eine Verteuerung eines wichtigen Lebens- mittels. Die einfachste und gerechteste Lösung der Frage stellt sich unzweifelhaft in einer entsprechenden Erhöhung der Einkommen- und der Grundsteuer dar. Hätte man es, wie wir vorschlugen, im Vorjahre bei den Steuererträgen des Jahres 1904 gelassen, die nun einmal eingeführt waren, so würde sich zweifellos eine Lösung unserer zukünftigen Finanzfragen in dem vom Kammerer Matthes im ver- gangenen Jahre vorgeschlagenen Sinne viel besser gemacht haben, als wie das jetzt möglich sein wird. Aber unsere Stadtväter wollten davon noch weniger wissen, wie der Magistrat, sie wägen die in dieser Richtung im Stat vorhandenen Ansätze über den Haufen, verringerten die Sätze der direkten Steuern noch mehr, wie es schon der Magistrat getan hatte, forzierten dagegen die finanziellen Ergebnisse der Betriebswerke und müssen deshalb nun die Verantwortung für die ungünstigere Gestaltung der Dinge in der Zukunft tragen.

## Deutscher Reichstag.

53. Sitzung, Mittwoch, den 28. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Freiherr v. Stenael. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Rißler (Konf.) auf

### Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Danach soll allen Veteranen, wenn sie unterhaltungsbedürftig sind, besonders wenn sie ein Einkommen von weniger als 600 Mark haben, und wenn ihre Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, oder wenn sie 60 Jahre alt sind, eine Beihilfe von jährlich 120 Mark gewährt werden. Ausgeschlossen sollen sein: Invaliden, Unmündige und Nicht-Reichsangehörige. Dagegen sollen Witwen, die 1870 und 71 im französischen Kriege ge- dient haben und dann Deutsche geworden sind, die Beihilfe erhalten. Abg. Rißler (Konf.) begründet diesen Antrag. Die Beihilfen sollten gleichmäßig gewährt werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein

## Aus aller Welt.

**Zum Tode verurteilt.** Wie aus München gemeldet wird, ist das Urteil gesprochen worden. Die Angeklagten Scheidhaas waren zeitweilig so erkrankt, daß ihre Anwesenheit bei der Verhandlung nicht möglich war. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erteilt der Vorsitzende den Geschworenen die Rechtsbelehrung. Nach kaum drei- viertelstündiger Beratung sprachen die Geschworenen die Angeklagten Heinrich und Katharina Scheidhaas schuldig des Mordes und Raubes, bei dem Angeklagter Marder verurteilten sie die Schuldfrage. Der Staatsanwalt beantragte gegen Heinrich und Katharina Scheidhaas die Todesstrafe, gegen Marder Freisprechung.

Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten Heinrich und Katharina Scheidhaas wegen Raubmordes zum Tode, der Ange- klagte Marder wurde freigesprochen und sofort aus der Haft ent- lassen.

**Familien drama.** Das „Widauer Tageblatt“ meldet: Am 27. d. Mts. in früher Abendstunde verlegte im benachbarten Wilan der 25-jährige Schriftsteller Stemm seine 23-jährige Gattin durch vier Beiliebe tödlich und ersahung durch einen Beilieb sein fünf Monate altes Kind. Dann durchschmitt er sich selbst mit einem Messer die Kehle. Während die Frau noch lebend, aber ohne Hoff- nung auf Wiederherstellung in das königliche Krankenhaus Widau gebracht wurde, verstarb der Mann nach etwa zwei Stunden. Das Kind war sofort tot. Die Ursache der Tat ist unbestimmte Eifersucht.

**Schiffszusammenstoß.** Der deutsche Kreuzer „Weiß“ und der holländische Dreimastkruiser „Mars“ sind vor der Rieder- Röhre zusammengestoßen. „Mars“ erlitt eine Davaire an Steuerbordbug. Dem „Weiß“ ist ein Boot eingedrückt, er erlitt auch einige Beschädigungen an Deck.

**Verurteilung eines Durchbrenners.** Das Geschworen- gericht zu Paris verurteilte den ehemaligen Beamten des Comploir d'Escompte (Gallay), der seiner Bank fast eine Million ein- wendete hatte, auf einer gemieteten Dampfjacht nach Brasilien ein- zutreiben, zu 7 Jahren Zwangsarbeit, zur Rückgabe der bei seiner Verhaftung in seinem Besitz gefundenen 585,000 Fr. und 30,000 Fr. Schadenersatz. Frau Merelli, seine Geliebte, die ihn bei seiner Flucht begleitet hatte, wurde freigesprochen. Verurteilt hatte der Anwalt, Henry Robert, in glänzender Rede die Geschworenen zu überzeugen versucht, daß die ganze Sache nicht sehr schlimm wäre, und daß sie Gallay sehr gut mildernde Umstände bewilligen könnten. Der Gerichtshof bot einen bescheidenen Abdruck. Die seine Welt

und Halbwelt waren überreich vertreten, und Henri Robert rief mit Recht aus, dieser Prozeß gleiche einem Karnavalvergnügen. Die Zuschauer nahmen die Freisprechung der Frau Merelli mit stürmischen Bravorufen auf.

**Ueber ein schweres Unwetter** wird aus Aachen gemeldet: In der Nacht auf Dienstag ging ein verheerender Wolkenbruch über Aachen und Umgegend hernieder. In Stolberg ist eine Frau mit zwei Kindern, die infolge eines Reitersturz in den hochstehenden Dächern stürzte, ertrunken. Dienstag Nachmittags zog ein Gewitter mit Hagelschlag über die Stadt. — Aus Charleroi und Vättich werden große Ueberschwennungen infolge wolkenbruchartigen Regens gemeldet, wodurch große Schäden und an vielen Orten Verkehrs- störungen verursacht wurden. Bei Chaletet ertranken fünf Kinder einer Fischerfamilie, als diese sich von ihren Naherzeugnissen an Land begeben wollten.

**Der Hüter des Julius-Turmes,** der Depot-Feldwebel Achenbauer, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Als seiner Zeit der Kreuzschiff nach Spindau gebracht wurde, leitete Achenbauer den Transport der 120 Millionen Mark und hatte auch die Lagerung der 1200 mit 100,000 Mark in Goldklüden gefüllten Kisten im Juliussturm zu sorgen. Ein Teil seiner dienstlichen Ob- liegenheiten bestand seitdem darin, alljährlich in Begleitung des wach- habenden Offiziers den Juliussturm zu besichtigen. Der Verstorbene war das älteste Mitglied des aktiven Unteroffiziersstandes der Armee.

**Theaterbrand mit Menschenverlust.** Bei dem Brande eines Theaters in der Hauptstadt von Chile sind dem „Verl. Volkswacht“ zufolge über 40 Personen ums Leben gekommen.

**12 Menschen ertrunken.** Aus dem Merivonflug (Wibao) ist in der Nähe von Veltito ein stark beladenes Schiff ge- sunken. Zwölf Personen sind ertrunken.

**Die Tigerjagd im Waggon.** Am vorigen Donnerstag hat sich gegen 1 Uhr Nachts der Ansturm des Prag- Wiener Güterzuges 104 in Zuzim ein höchst aufregender Vorfall abgepielt. In dem Zuge waren in einem Sonderwagen sieben Tiger des Zuzimzuges, die für Konacher in Wien bestimmt waren, wo sie am 1. März vor- geschickt werden sollten, in fünf engeren Käfigen untergebracht. Durch das Herabfallen einer Leiter brach die Leiter eines Stabes am Zwinger des Zuges „Gäfar“. Dem Tiere gelang es, aus dem Käfig auszubrechen, und brüllend machte Gäfar einen Spas- siergegner durch den Waggon. Von ihm sah den Schrecken des Wäldigers und der beiden Wärter, die im selben Waggon auf einer Höhe schliefen, vor sich, als sie durch das Gebrüll des ausgebrochenen Tigers geweckt wurden. Herrlichen und die beiden Wärter gaben dabei Revolvergeschosse ab, und auch durch das Gellier von eisernen Gängen und Balken verstreuten sie den Tiger zum Zwinger zurückzubringen. Indessen mußte der Gü- terzug Zuzim verlassen, ohne daß es gelungen wäre, den Ti-

ger, der im Waggon unter furchtbarem Geheul auf- und abstieg, in seinen Käfig zurückzutreiben. Der Vorfall hatte auf der gan- zen Strecke bedeutendste das größte Aufsehen hervorgerufen und es blieb nichts anderes übrig, als in Veldenbori den Zug- zug abzubrechen und zurückzuführen. Erst durch den Umstand, daß es Herrlichen gelungen war, die Tiger zwischen zwei Kä- figen einzufangen, war es nach dreistündiger gefahrvoller Ar- beit möglich, das während der Fahrt während der Fahrt zwei die Felge und abzuwickeln in kleine Stücke zerfallen hatte, in seinen Zwinger zurückzubringen. Mit einer Verpö- tung von einem Zaar wurde „Gäfar“ mit seinen 6 Tigerges- nossen am Sonnabend nach Wien gebracht. „Gäfar“ hat in Amerika schon einen Wärter, einen Nezer, ertrötet, und in Paris zerstückelt er vor zwei Jahren zwei andere Tiger im gemein- samen Käfig. Seiner Wildheit wegen war „Gäfar“ jahrelang von den Vorführungen ausgeschlossen.

**Ein noch verrücktere Person,** die auf der Straße auf- gefanden werden, sind nach einer unlängst in München erlassenen neuen Verordnung der Polizei nicht — wie bisher — zur Polizei- direktion oder in die betr. Polizeibezirksstation zu verbringen, sondern direkt in die Psychiatrische Klinik bzw. ins Krankenhaus zu trans- portieren, wo sie bis zu ihrer Erleichterung verweilen müssen. Ver- schiedene mißliche Vorfälle haben diese Vorschrift veranlaßt. „Alle Erscheinungen des Alkoholismus, auch der einfache Rausch, beruhen auf Geistesänderung“, sagte schon Professor Dr. med. Forel auf dem IX. internationalen Kongresse gegen den Alkoholismus in Bremen.

### An einen Diplomaten.

Aus dem Ull.

Du bist wie eine Fliege  
Schwarzwitzig so und fein,  
Fähst alles, was sich ereignet  
Hinter dem Rücken dein.

Doch wie du selbst verträdest,  
Als deine Rede flos,  
Nimmst du dich auch der Dichtung  
Von einem Rhinoceros.

Du trägst den Adler und Falten  
Und trägst noch überdies  
Des Elephanten-Ordnens  
Und das goldene Widdervolles.

Wir ist, als müßte ich sinken  
Voll Nahrung auf die Knie,  
Setend, das Gott dich erhalte,  
Du komplizete Menagerie!

Beitrag zum oder Großstädter ist. In der Großstadt ist das Leben viel teurer, aber neue Ungleichheiten dürfen nicht geschaffen werden. Die die Beidermann von 1870 hätte gefordert werden, auch wenn es erhebliche Mittel kostete. Der Antrag würde der Subjektionskommission übergeben werden; hoffentlich kommt er beiseite und so, daß man ihn überhaupt nicht mehr kennt. (Beifall.)

Reichsminister Freiherr von Stengel: Die Verbundenen Regierungen lassen es in keiner Weise an Wohlwollen für die Veteranen fehlen. Dem Antrag Richter aber stehen erhebliche Bedenken gegenüber. Als die Veteranenbeihilfen geschaffen wurden, rechnete man mit einer jährlichen Ausgabe von zwei Millionen Mark und der Reichsanwaltschaft hatte damals einen Ueberschuß von 83 Millionen Mark. Jetzt kämpft er mit einer Unterbilanz von über 300 Millionen Mark. Er braucht für 1906 einen Zuschuß von über 184 Millionen Mark und wird 1913 einen Abschlußschuß von 25 bis 30 Millionen Mark beanspruchen, auch ohne den Antrag Richter. (Hört, hört!) Von den 620,000 Veteranen kommen etwa 580,000 für die eventuelle Unterstützung durch das Reich in Betracht. Durch den Antrag Richter würde für sie bei der Einkommensgrenze von 600 Mark und der Beihilfe von 120 Mark ein Erstlings-Rentium von 72 Mark geschaffen werden, während für die Kriegsinvaliden nur ein Erstlingsrentium von 600 Mk. reichsweitschlich garantiert ist. Der Kriegsinvalide kann doch aber nicht schlechter gestellt werden, als der bloße Kriegsteilnehmer. Nach dem Richter ist die Altersgrenze von 60 Jahren: Das heißt doch reichsweitlich proklamieren, daß man nach 60 Jahren nicht mehr erwerbsfähig ist. Eine solche Bestimmung wäre das Reich mit 50 Millionen Mark jährlich belasten. Soll der Antrag aber nur besagen, daß die Beihilfen dem 60 Jahre alten Veteranen gewährt werden, wenn er erwerbsfähig ist, so würde seine Annahme noch 27 Millionen Mark kosten. (Große Unruhe im ganzen Hause.) Ich hätte nicht erwartet, daß in einer Zeit, wo wir alle heilreich sind, den Haushalt bescheiden zu sanieren. Anträge gestellt werden, die zwar populär sind, diese Bestrebungen aber, wenn nicht durchzuführen, so doch erschweren. Ich kann deshalb den Antrag bei den Verbundenen Regierungen nicht befürworten.

Abg. Fischer (Neutrum): Das Ziel des Antrages ist gut, aber seine Einzelheiten taugen nicht viel. Doch hat mir damit einverstanden, daß er der Subjektionskommission übergeben wird.

### Abg. Vos (Sozialdemokrat):

Die Sozialdemokratie ist ungeachtet ihrer prinzipiellen Stellung zum Militarismus noch immer für die Opfer dieses Militarismus einzutreten. Die kalte, lieblose und ungerade Behandlung der Veteranen steht in schmerzhaftem Widerspruch zu den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit des deutschen Volkes. Einem halben Duzend Führer hat man 1870 2 Millionen Mark gegeben, für die Veteranen aber ist kein Geld da. Der Zustand, daß 10-15,000 Veteranen noch heute, 35 Jahre nach dem Kriege, nicht im Besitze ihrer Rente sind, ist unermesslich. Der Antrag Richter geht uns noch nicht weit genug. 120 Mark sind zum Sterben zu gut und zum Leben zu wenig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Rindfleisch eine Mark pro Tag sollten die Veteranen erhalten. In einem Reich, das über das größte Meer verfügt, das sich die größte Flotte baut, das in allen nördlichen Breiten jährlich 60 Millionen Mark auswirft, müssen die Mittel dazu vorhanden sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Jünger der 120 Millionen im Jubiläum, oder der 172 Millionen, die von der französischen Kriegsinvalidenfürsorge für die preussischen Staatsbeamten in Belgien angenommen sind, könnten für die Veteranen verwendet werden. Die Sozialdemokratie sollte es sich zur höchsten Pflicht anrechnen, auf dem Wege einer Reichserbschafts- oder Vermögenssteuer die Mittel für diejenigen aufzubringen, die seiner Zeit in den Krieg gezogen sind, um Eigentum und Leben der Bourgeoisie zu vertheidigen. Sie könnten sich nur ausrechnen, was sie dadurch der deutschen Nation die deutschen Soldaten ihre Ehre zu tun haben, denn wenn statt der Deutschen nach dem Kriege die Amerikaner nach Frankreich gekommen wären, dann hätte unsere Bourgeoisie viel tiefer in den Beutel greifen müssen. Wie wäre es mit Zehntelmarken? Die Mitglieder des Reichstages sind in diesen Tagen die Ehrenkomitees von Veteranen und Kriegsinvaliden, sollten ihn beehren lassen, die zu seiner Zeit in den Krieg gezogenen Veteranen zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokratie sollte es sich zur höchsten Pflicht anrechnen, auf dem Wege einer Reichserbschafts- oder Vermögenssteuer die Mittel für diejenigen aufzubringen, die seiner Zeit in den Krieg gezogen sind, um Eigentum und Leben der Bourgeoisie zu vertheidigen. Sie könnten sich nur ausrechnen, was sie dadurch der deutschen Nation die deutschen Soldaten ihre Ehre zu tun haben, denn wenn statt der Deutschen nach dem Kriege die Amerikaner nach Frankreich gekommen wären, dann hätte unsere Bourgeoisie viel tiefer in den Beutel greifen müssen. Wie wäre es mit Zehntelmarken? Die Mitglieder des Reichstages sind in diesen Tagen die Ehrenkomitees von Veteranen und Kriegsinvaliden, sollten ihn beehren lassen, die zu seiner Zeit in den Krieg gezogenen Veteranen zur Verfügung zu stellen.

### Stadt-Theater.

Belam: Kunst von Richard Strauß  
Der Schluß des Monats Februar bereitet das Stadttheater einen glänzenden Ereignis, welches eine große Anzahl von unerschütterlichen Freunden veranlaßt hat. Das Hauptstück dieses Abends kann wohl nur Neugier gewesen sein, denn die Partitur war schließlich nur den wenigen bekannt, welche die Aufführung dieses musikalischen Dramas beobachtet hatten. Es dauern sich jedoch schon lange vorher die Stimmen der musikalischen Kritiker verbreitet, welche die einzelnen Teile des Werkes, andererseits den Rollenbesetzern lobenswürdig lobten und in einer Art Begeisterung über die musikalische Genialität, welche es sich nicht nehmen lassen, einen solchen Dramen beizubringen. Letzten nun noch einige wenige Lobeshymnen hinzuzufügen, wie zum Beispiel, daß das Stück mit dem 8. März beginnt, das übliche Vorspiel oder der Operette entbehrt, ohne die geringste Unterbrechung 1 Stunde 40 Minuten dauert und laut Strauß wieder die „Cavalleria rusticana“ nach der „Phaetone“ im Bremer Kaiserhof im Gefolge haben darf, denn in für ein volles Haus garantiert.  
Strauß hat hier einen Stoff gefunden, welcher es ihm ermöglicht, das Theater in allen nur denkbaren Farben spielen zu lassen. Das Stück ist in der That bis zur äußersten Grenze von Freiheit zu bringen. Und Strauß versteht es, das Drama in ein einziges Bildwerk zu verwandeln, auf welchem er nach Belieben spielen kann. Diese Fähigkeit ist es auch, welche uns zusehender verlockt hat, daß hier der Naturalismus — wenigstens nach unserer heutigen Begriffe — die einzige richtige Methode ist. Die schmale Armee, welche über dem Drama von César Würde hat, hat in der Vertonung durch Richard Strauß noch um einige Grade zugenommen und wenn man auch allseitigen Theater-Kritikern bezeugen, welchen nun die genaue Bekanntschaft mit dem Original zuzurechnen möchte, so läßt man doch die ungeheure Spannung, die auf den Gehörlichen widerwärtigen, welche bis zu dem unbeschreiblich hinausgehenden Schluß andauernd. Das darf also für einen Beweis gelten, daß es Strauß gelungen ist, mit seiner Komposition die Stimmung, welche die Aufführung des gesprochenen Wortes be-

Der Mann ist im Tode gestorben und die eine Tochter auch. Je mehr man die Regelung hinausschiebt, desto billiger kommt das Reich fort. Herr Richter sei den Arbeitern, ihre revolutionären Ideen abzuwickeln und sich an ihn zu wenden. Die Veteranen aber, die gewiß keine Sozialdemokraten sind, werden von ihnen schändlich im Stich gelassen. (an demselben Tag auf die Armenunterstützung, die ihnen das Wahlrecht nimmt und sie den Zuschüssen gleichstellt. Sie können sich nicht wundern, wenn dadurch Unzufriedenheit entsteht und die Disziplin sich lockert. Das Reich, dessen Gutes und Preis Sie fragen, sollte sich schämen, eine so lächerliche Summe nicht ausbringen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Ostala (noll.) bestritt, daß nur die Bourgeoisie von der Reichsrentenreform Vorteile gehabt habe. Wir haben fortgesetzt Anträge zu machen für die Veteranen gestellt, die Sozialdemokratie aber nur unüberwindliche Hindernisse entgegenzusetzen. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Es ist traurig, daß es auch bei dieser Gelegenheit, wo es sich um Beihilfen an arme Leute handelt, Männer gibt, die mit ihren Reden nur Unruhe im Lande erregen wollen. Die Veteranen würden es sicher ablehnen, wenn zu ihren Gunsten das Reich auf den Bau neuer Kriegsschiffe verzichtete. Die Anrechnung, einen Reichsrentenverein für die Veteranen zu gründen, kann ich nur als einen unangebrachten Scherz auffassen. Die zweite Beratung dieses Antrages sollte möglichst bald aufkommen mit dem Reichsanwaltschafts- und dem Nachtragsetat auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. Dr. Wendt (Soz.) schließt sich diesem Wunsche an. Bei dieser Gelegenheit könnten die sich dankenswerten Bundesratsbestimmungen in Betrachtung genommen werden. (Hört, hört!) Ich möchte nicht zu wissen, daß in Leipzig die sozialdemokratischen Stadtverordneten dagegen gestimmt haben, daß aus Anlaß der 1870er Dohrheit des erstauften Kaiserpaars für die Veteranen Gelder bewilligt werden. (Widerbruch bei den Soz.) Richter empfiehlt den Antrag Richter und polemisiert gegen den Reichsminister. Bei dieser Gelegenheit haben die finanziellen Bedenken zurückzutreten. (Beifall.)

Abg. Bergmann (Freis. Vpt.) ist mit dem Prinzip des Antrages Richter, wenn auch nicht mit allen Einzelheiten einverstanden. Es sind Klagen laut geworden, daß bei der Gewährung von Veteranenbeihilfen die politische Gesinnung in Betracht kommt. (Hört, hört links.) Wir sind für Kommissionsberatung, werden aber das Auffinden der nötigen Mittel den professionellen Steuerfachmännern überlassen. Gegen eine Wechselseite sind wir ganz entschieden. (Beifall links.)

Abg. Kuller (Soz.) Bei den Veteranenbeihilfen handelt es sich nicht um Gnadenbeweise, sondern um eine Pflicht des Reiches. Die Unterstützungsberechtigung muß streng definiert werden. Politischen Veteranen und die Beihilfen verweigert werden, weil sie die selben politischen Fehler begangen haben, unter deren Folgen sie 1870 in die Schmach gezogen sind. Der Antrag bedarf noch sehr der weitergehenden Hand der Kommission.

Abg. Dr. Borchhoff (Freis. Vpt.): Vielleicht wird sich empfehlen, die zweite Lesung gleich im Plenum vorzunehmen, ummal das Haus heute ja doch nicht viel später beiseite ist, als die Subjektionskommission. (Beifall links und Zustimmung links.) Die bisherigen Beihilfen des Reiches für die Veteranen waren völlig unzureichend. Von dem Gelde für Bavier und Pforte, die verbraucht werden, eine Beihilfe gewährt wird, könnte schon manche Beihilfe bezahlt werden. (Sehr richtig! links.) Da die Antragsteller eine Kommissionsberatung wünschen, wollen auch wir nicht gegen eine solche stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Borchhoff (Freis. Vpt.): Die zweite Lesung des Antrages Richter bei der Beratung der entsprechenden Etatsartikel vorzunehmen. Präsident Graf Ballestrem erklärt es für seine Hauptaufgabe, für die Festhaltung des Etats zu sorgen. Wenn indessen das Haus im Sinne des Vorredners entscheidet, so habe ich mich natürlich zu fügen.

Abg. Jessen (Däne) ist für den Antrag und hofft, auch die Teilnehmer des Krieges von 1864, die auf dänischer Seite gefochten, zu berücksichtigen.

Abg. Erdmann von Sonnenberg (wirtsch. Vpt.): Die Sozialdemokratie hat gut reden: Warum verwendet sie nicht das Geld, das sie auf der Bank von Genua liegen hat, für die Veteranen der Arbeit? (Schlichter b. d. Soz.) Die geschmähten Junker haben die höchste Blutsverwandtschaft für das Vaterland entrichtet.

Abg. Prinz Schwalb-Carolath (noll.) polemisiert gegen den Abg. Jessen. Nur den bürgerlichen Parteien ist es zu verdanken, daß für die Veteranen viel geschrieben ist.

### Abg. Inbeil (Sozialdemokrat):

Von dem gewiesenen Kriege von 1870 haben die Arbeiter nichts gehabt. Jetzt stehen die bürgerlichen Parteien über den Wohlwollen für die Veteranen. Als aber der frühere Reichsminister Freiherr v. Thielmann erklärte, das Reich schwimme in Gold, da wurde er nicht aufgeführt, Mittel für die Veteranen zur Verfügung zu stellen. Der Staatsminister meinte, man könne die Veteranen nicht besser stellen, als die Kriegsinvaliden: wir aber meinen, daß eben auch für die Kriegsinvaliden besser gesorgt werden muß. Jährlich werden Millionen an dem Hecker hinausgeworfen: man hat für Hilfswaffen wieder eine Billionenmarken dahingehenden. Durch den Chinafeldzug sind neue Kriegsinvaliden und neue Kriegsveteranen geschaffen worden, aber auch für diese wird nicht ausreichend gesorgt. Die Lebensmittel haben Sie verteuert und die Kriegsveteranen müssen sie bezahlen, ohne daß sie es wagen, die Regierung zu zwingen, die Veteranenbeihilfe um eben so viel zu erhöhen, als die Verteuerung des Lebens ausmacht. Die Gewährung der Beihilfe darf nicht länger von dem Belieben eines Landrats abhängen. Richter erklärt die Aussetzung des Abg. Erdmann von Sonnenberg, daß die Sozial-

demokratie pflegt, wesentlich zu erhöhen. Die oft ohrenzerreißenden Diskussionen, in denen das Orchester im Verein mit den Sängern rehet, sind vielleicht ein nicht unwesentliches Moment zur Erzeugung dieser gesteigerten Aufmerksamkeit. Das es trotzdem Diskussionen bleiben, wird selbst der wohlwollende Beurteiler nicht hinwegzulegen können. Die Gerichte von den Schwierigkeiten der Partitur haben nicht gelogen. Hier scheint Wagner noch „überwagner“. Ob das nun wieder eine neue Kandidatur ist oder nur eine neue Art Aufsehen erregende, aber trotzdem vorübergehende Erscheinung — eine Art musikalischer Katastrophe — das muß die Zukunft lehren. Der Kunstschaffler kommt beim Hören dieser traurigen Verisamen nicht auf seine Rechnung, aber nach Wehstall scheint wohl in der Kunst nicht mehr viel gefragt zu werden.  
Die Aufführung, unter Leitung des Herrn Kapellmeister Prumer, fand unter einem vorwiegend günstigen Stern. Das Orchester leistete das Menschenmögliche, aber auch die Sängler der großen und kleinen Rollen legten ihr ganzes Können ein, um dem Schöpfer des Gesanges, welcher von einer Orchesterlegende aus der Aufführung folgte, zu einem Erfolge zu verhelfen. Allen voran glänzte Frau Verhunc als Inhaberin der Titelrolle. Sie brachte die Szenenfolge des in seinen Schmalen Fittchen getönten Werkes zu schmerzhaftem Ausdruck und erzählte im Laus durch die Mannigfaltigkeit ihrer Aktebewegungen. Herr Siwert liegt der Periode nicht recht; auch er hatte Momente von packender Kraft, verfiel aber mehr als nötig in den Sprechgefang. Fräulein Retzsch nahm durch die Schönheit und den Umfang ihrer Stimmkräfte für sich ein, Herr Dr. Weder als Narraboth hat noch mit der Ausprägung des Deutschen Schwierigkeiten, Herr Begg war als Prophet von imponierender Größe. Was hat die fünf Juden wohlgefallen, ihnen nicht recht verständlich, verfiel aber seine Wirkung nicht. Zum Schluß gab es auf der Bühne ein verhängnisvolles „Zwischen“ zwischen Partnern, Kapellmeister, Sänger und Komponist, welcher hübsch und ohne Widerspruch gerufen wurde. Ob das Werk dieselbe Aufnahme gefunden hätte, wenn es unter dem Namen Ring oder Ring über die Bühne gegangen wäre, ja ob es überhaupt zur Aufführung angenommen werden würde, diese Frage möchte nicht ohne weiteres beantwortet werden.

demokratie, wenn es zum Feinde kommt, der deutschen Armee in den Rücken fallen würde, für eine infame Verleumdung.

Präsident Graf Ballestrem mit den Redner Ordnung. Abg. Inbeil (fortfahrend): Für die Ueberweisung des Antrages Richter an die Subjektionskommission werden wir stimmen, obgleich er uns nicht weit genug geht. (Braus! bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung. In einer persönlichen Bemerkung behandelt Abg. Erdmann v. Sonnenberg (Ant.), daß der Abg. Richter mit Johann Jacoby 1870 wegen Hochverrats verhaftet worden sei, weil er Aufbruch im Rücken des deutschen Heeres habe erregen wollen.

Abg. Bebel (Soz.) stellt fest, daß er niemals eine solche Denkung begraben oder wegen einer solchen angeklagt worden sei. Hierauf wird der Antrag Richter an die Subjektionskommission verwiesen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Etat der Justizverwaltung, der Postverwaltung und des Reichseisenbahnnetzes. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Im preussischen Abgeordnetenhaus

wurde am Mittwoch die zweite Lesung des Antikubels fortgesetzt, nachdem der Präsident v. R. B. über die hohemollernischen Familienfeierlichkeiten der vorangegangenen Tage ein paar byzantinische Reden-arten gemacht hatte. Die Redner aller Parteien flossen von Liebesbetreibungen für Volksschule und Volksschullehrer über, so der Abg. Bille, Exorzist des schwarzen Kartells von Prellau, der freikönigliche Wadonkammerer E. R. u. s. t. und sein wasserfestigere Nachbar zur Linken, Abg. Kopsch, der freikonservative Urtexten aus der Doppelher Wald mit dem unaußsprechbaren Namen R. a. e. n. d. d. der Nationalliberale Pastor F. a. c. h. e. n. b. e. r. g. und sogar Diano von Bedlig, des Schulkommissionsvater, in eigener Person. Natürlich wollte auch Minister Studt die schönsten Dinge von der Schulreform einer hohen Staatsregierung an erbählen. Wie es in Wirklichkeit mit der Lehrerfreundlichkeit von Haus und Regierung steht, zeigte sich bald. Herr von Hedwig brachte einen Antrag eingebracht (mag er nun ernst gemeint gewesen sein oder nicht), welche eine kleine Verbesserung der Seminarlehrer bezweckte. Der Antrag fand Widerspruch beim konservativen Urtexten von Deydebrand und bei der Regierung, zumal bei einem Kommissar des schneidigen Rheinbaben. Der Abg. von Hedwig zog vor diesem Widerstande seinen Antrag zurück und begnügte sich mit einer ziemlich nichtslagenen Resolution. Doch auch diese wurde abgelehnt, indem Zentrum und Konervative sich zu ihrer Niederstimmung vereinigten. Die schweren Mäuel der geistlichen Schmeichelei erörerte, um ein einziges Redner mit einiger Schärfe, der freikönigliche Volksparteiler Kopsch, der s. B. den Fall Pöster beantragte. Seine Anwesenheit auf Traubeln quitierte die Rechte mit dem gewohnten Unausgewiesener. — Am Donnerstag ruhen die Herren von Dreiklassenbank auf ihren Vorbeeren aus; am Freitag gehen sie wieder mit frischen Kräften an ihre — segensreichen Werk.

### Partei-Angelegenheiten.

Ein sozialdemokratischer Versuch bei Dase. Wir lesen in der „Mannheimer Volksstimme“: „Der Reichstagsabgeordnete unserer Freiheit, Graf August v. Dreesbach, hat seine geistlichen, zwei Tage nach der Geburt eines neuen Jähringerpräsidenten, dem Prinzen einen Versuch ab. Der Führer der bürgerlichen Sozialdemokraten wurde durch mit allen Ehren empfangen und lebte mit den besten Eindrücken von dem Besuch zurück. Es darf wohl erwartet werden, daß der Gang unseres Parteigenossen zu Dase, der lediglich als ein Akt des Anstandes zu betrachten ist, von gewisser Seite keine Ablehnung erfährt und nicht über Gebühr zu einer cause celebre aufgebauscht wird, wie es kürzlich in unserer Nachbarnstadt Darmstadt geschah. In solchen Fragen kommen neben politischen Erwägungen u. E. denn doch auch Momente rein menschlicher Natur in Frage.“

Der Fackelzug des Mannheimer Parteiblattes ist nicht so unüblich, wenn man auch die Punkte sehr „merkt“. Weit weniger amüsant, als die obige, war eine Notiz desselben Blattes, in welcher im Hinblick auf die Leipziger Aufreizungsprozess Ausführungen gemacht wurden, die den politischen Redakteuren der „Leipziger Volkszeitung“ indirekt den Vorwurf der Feigheit machten, weil sie nicht für die dem Staatsanwalt inkriminierten Artikel die Verantwortung selbst übernehmen, so weit sie Verfasser waren. Daran hat sich wieder eine Prophezie erfüllt, die hoffentlich bald ein Ende findet. Da das Mannheimer Parteiblatte die Meinung der Parteipresse ausdrücklich darüber fordert, ob ihre Ansichten richtig seien, so müssen wir sagen, daß wir das Vorgehen in dem Augenblicke, als der Staatsanwalt Böhmie die schweren Vorwürfe gegen die politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ schweberte, für taktisch durchaus verfehlt halten. Aber auch sachlich können wir uns der Meinung der „Mannheimer Volksstimme“ nicht anschließen. Das Preßgesetz fordert mindestens einen Verantwortlichen und die deutsche Justiz nimmt dieses Opfer gern entgegen. Sie verzweifelt aber nicht darauf, wenn sich der Verfasser selbst meldet. Vielmehr werden in solchen Fällen beide angeklagt und verurteilt. Deshalb zu verlangen, daß sich in Antisagefällen der Verfasser neben dem Verantwortlichen melden solle, wäre unflug und nicht dem Parteiinteresse entsprechend.

### Arbeiterbewegung.

Glänzend angelegt hat der Bergarbeiterverband bei den Knappschichtbestimmungen in Bochum, Essen, Gladbeck und Aplerbeck über die Kandidaten des christlichen Gewerkschafts. Dieser konnte keine Kandidaten nur in Beckhausen durchbringen.  
Ein großer Streik in Dunder (Schottland) angedroht. Etwa 23,000 Arbeiter sind am Ausbruch beteiligt. Es kam am Dienstag Abend zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Volk und Arbeitern.  
Verantwortlichkeit im Zwitauer Reiter. Die Unterdrückungspolitik der Herrenbarone hat bereits ihre unabwehrbaren Folgen gezeigt. Die Belegschaft des Werkes „Allgemeine Bodwa“ ist in den Streik getreten, nachdem ihre selbstverständliche Forderung, die Wiederanlegung ihrer entlassenen Kameraden, sowie sichere Garantie des Arbeitsverhältnisses aller auf gesetzlicher Grundlage gewählten Arbeitervertreter, von der Verwaltung kurzweg abgelehnt wurde.  
Der Fackelzug der Arbeiter in Berlin ist gestern nach zweitägiger Dauer beendet worden.  
Streik haben die Fackler zwar nicht, aber sie haben wenigstens dem Polizeipräsidenten die Bahnen gezeigt und sich durch den patriotischen Hummel nicht abhalten lassen zu zeigen, daß sie sich ihre Rechte nicht ungenutzt verfahren lassen.  
Der Deutsche Metallarbeiterverband hat, wie aus Essen gemeldet wird, eine sich über ganz Deutschland erstreckende Agitation auf Einsetzung der 10stündigen Arbeitszeit, Festlegung eines Minimallohnes, Regelung der Sonntags- und Nachtarbeit und Wahl von Arbeiterausschüssen für die Formier- und Streik eingeleitet.  
Die Tarifverhandlungen zwischen den Unternehmern und Schiffen im lithographischen Gewerbe Deutschlands scheiterten.  
Zur amerikanischen Bergarbeiterbewegung. Die schon durch höhere Mittelungen bekannt, bekräftigt man allgemein den Ausbruch eines großen Streiks der Kohlenarbeiter von Nordamerika. Zur Zeit finden noch Unterhandlungen statt zwischen dem Galarfomitee der Unternehmer und der Bergleute. Mittlerweile aber ist im Dubois-Distrikt in Western Pennsylvania ein Streik der Kohlenarbeiter ausgebrochen. Dieser erstreckt sich auf ca. 10,000 Bergleute, 2000 Eisenbahner und 600 Werksarbeiter. — Der Streik-



**Im Zeichen des Ruffenkeres.**

Unwürdige Vorkommnisse bei einer Hausdurchsuchung werden uns aus Reichlein gemeldet. Dort arbeitet in einer Druckerei der Schriftsetzer Genosse Rossard, der vom Strichberger Staatsanwalt wegen angeblicher „Aufreizung“ verfolgt wird. Er hat zum roten Sonntag ein Flugblatt verfaßt, worin die Strichberger Einwohner zur Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts aufgefordert wurden. Das soll nach Ansicht des Staatsanwalts — freilich wohl auch nur nach seiner! — eine „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ sein! Um nun das sehr dürftige Anklagematerial des Staatsanwalts zu vermehren, ordnete er eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei dem „Verbrecher“ an. Aber wie wurde diese ausgeführt. Vormittags gegen 10 Uhr erschienen in der Arbeitsstätte (1) des Genossen Rossard ein Gendarm und ein Polizist, die R. aufforderten, „sofort“ mitzukommen. Den Wunsch des also überempfindlichen, doch wenigstens an Stelle seiner Pantoffel Schuhe anzuziehen und die Arbeitsmittel ablegen zu dürfen, schlug man ohne Grund ab! Als R. dann trotzdem begann sich wenigstens die Schuhe anzuziehen, packte ihn der Gendarm an und versuchte ihn mit Gewalt fortzuführen! Unser Genosse verbat sich das natürlich energisch — allein unaufrichtig, der Gendarm bestand auf seinem unangelegentlichen Befehl. Erst als unser Genosse sich gewalttätig wehrte, und erklärte, daß er genötigt daran denke, wegen einer solchen Vorgehensweise auszuscheiden, konnte er sich, von den beiden Geleitschützern streng überwacht, anziehen.

Hierauf nahmen ihn die beiden Polizisten in die Mitte und führten ihn so, 10 Uhr Vormittags, zum Courthaus von Kindern und Erwachsenen durch die Straßen der Stadt, in die Wohnung des R. Die neugierig gaffende Menge immer hinterher. Dann begann die Hausdurchsuchung — in einer Weise, die an Grundlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Sie dauerte in dem kleinen Zimmer über eine Stunde! Alles was nicht auf dem Boden lag, wurde durchwühlt, sogar das Bettzeug wurde herausgenommen, der Strohsack umgedreht und die sämtlichen Bettunterlagen unseres Genossen einer peinlichen Untersuchung unterworfen. Der Einwand des also Bekleideten, daß er gegen diese ihm unangenehm erscheinende Maßnahme protestiere, ließ man einfach unbeachtet. Ja, als R. sich im Laufe der Stunde eine Zigarette anzurichten, wurde ihm das vom Gendarm ohne weiteres verboten. Gefunden wurde nicht das geringste.

Die Natur dieser seltsamen Art der Hausdurchsuchung war zunächst die, daß die ganze Stadt darüber sprach. Damit aber nicht genug! Noch am demselben Tage erklärte der Arbeitgeber unseres Genossen, der Besitzer der Reichsdeutschen Zeitung, daß er ihn infolge dieses Verfalls nicht länger beschäftigen „könne“ und R. erhielt seine Kündigung. Durch die Schuld der Behörde wird er also in den nächsten Tagen arbeitslos auf dem Straßenpflaster liegen. So der Vorgang, wie er uns von durchaus zuverlässigen Augenzeugen mitteilt und auf unsere näheren Grundfragen hin bestätigt wird. Genosse Rossard hat natürlich sofort Beschwerde eingelegt. Die Äußerung eifriger und schneidigen Beamten ähnlicher, damit sich der Regierungspräsident darüber äußere, ob er nichts an russische Zustände erinnernde Verfahren gut heißen oder nicht. Leider besteht nach dem letzten beiden politischen Taten des Diktators und Breslauer Regierungspräsidenten wenig Hoffnung, daß die Beamten reaktiviert werden. Dafür steht bei uns in Franken alles viel zu tief im Ruffenkeres. Mein es wird ein umso kräftigeres Wortlein dann noch im Reichs-Parlament über die Sache gesprochen werden!

**Die Lohnbewegungen der Zimmerer in der Provinz.**

Die Kammerung des Zimmererverbandes sendet uns über dieses Thema folgenden Bericht: In Trachenberga haben die Arbeiter auf dem Wege der Verhandlung den Lohn ab 1. April d. J. von 24 auf 28 Pf. die Stunde erhöht bei 11 stündlicher Arbeitszeit und vierstündiger Veranothauer. — In Paganitzlau wurde ein Vertrag auf vier Jahre abgeschlossen. Der Lohn wird ab 1. April 1907 von 31 auf 35 Pf. erhöht, die Arbeitszeit von 10½ auf 12 Stunden verlängert; ab 1. April 1907 werden 37 Pf. Stundenlohn erzielt. — In Dieganitz haben die Arbeiter auf die von dem Gesellen eingereichte Forderung, den Lohn von 38 auf 42 Pf. pro Stunde zu erhöhen, geantwortet, daß sie einen solchen Vertrag zu schließen geneigt sind. Die Arbeitgeber in Dieganitz und Dieganitz haben eine Verhandlung in dieser Hinsicht noch nicht begonnen. Auch die Anerkennung der Lohnforderung will man nicht eilen lassen.

Die Kammerung in den letzten beiden Orten werden auf dem Wege der Verhandlung abgeschlossen, denn nur dadurch können materielle Erfolge erzielt werden.

**Folgen des Wuchertarifs.**

Die Wuchertarife mit dem am heutigen 1. März in Kraft tretenden neuen Zolltarif hat der Provinzialverwalter für den Regierungsbezirk mit Preußen folgende Verfügung vorgehalten: Die Genehmigung der Verträge durch den Wuchertarif erlassen.

Die bisher gültige Einfuhr von Rohschmalz, Butter und Speck ist nun nur gegen Entrichtung der gesetzlichen Zollgebühren zulässig. Gefächtes Rind- und Kalbfleisch, sowie rohes Schweinefleisch dürfen aber noch nicht mehr eingeführt werden. Die Einfuhr von rohem Schweinefleisch bis zum Gewicht von zwei Kilogramm ist nach wie vor für Grenzgebirgsbewohner zulässig. Diese Verfügung tritt am 1. März in Kraft.

**„Kerls“ — keine Beleidigung!**

Wie man oberflächliche Beamte beschützt! Aus Berlin wird uns geschrieben: Mitglieder des polnischen Turnvereins „Sokol“ zu Rossberg waren in einem Waldchen am Sonntag zusammen gekommen, um sich Photographieren lassen und Lieder dann mit Gesang nach dem Takt zurückzugeben. Ein Gendarm hielt das für einen öffentlichen Anstoß und der Gemeindevorsteher Rintisch legte sich hin und schrieb eine Anzeige, in der der übliche Satz vorkam: „Ob die Kerls in dem Waldchen Photographieren lassen, weiß ich nicht.“ Der Bergarbeiter Sabara als Vorsitzender des Vereins, der ausführend des Stadterfahrens wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes von der Aufsicht des Gemeindevorstehers erfuhr, verfluchte Rintisch wegen Beleidigung. — Die Regierung zu Oppeln erhob den Konflikt zu Gunsten des Gemeindevorstehers und beantragte die endgültige Einstellung des Verfahrens gegen denselben. Der Ausdruck „Kerls“ habe einen neuen

tralen Sinn. — Der Privatkläger war dagegen der Meinung, daß der Ausdruck „Kerls“ etwas Wegwerfendes enthalte. Der Beschuldigte hätte seine Mißachtung gegenüber dem Privatkläger und seinen Freunden hervorheben wollen und damit beabsichtigt, das besondere Wohlwollen des Landrats zu statuieren, an den die Anzeige erging, zu erwerben.

Von den Justizbehörden äußerte sich das Landgericht dahin, daß der Konflikt wohl nicht begründet wäre, denn „Kerls“ bedeute an sich tatsächlich etwas Wegwerfendes. Nur durch Befügung besonderer, insbesondere beleidigender Worte könne das umgeändert werden. Beschuldigte sei nicht genötigt gewesen, das Wort zu gebrauchen. Er habe es angewendet, um seine Mißachtung deutlich zum Ausdruck zu bringen. Gerade als Beamter müßte er sich beleidigender Äußerungen enthalten.

Das Oberlandesgericht in Breslau war indes in seinem Gutachten dafür, den Konflikt für begründet zu erklären. Der Ausdruck „Kerls“ könnte als geringschätzend aufgefaßt werden; hier indes sei nicht anzunehmen, daß der Gemeindevorsteher das Bewußtsein gehabt habe, (1) zu kränken.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte dann in seiner Entscheidung den Konflikt der Reklamation zu Oben für begründet, so daß das Privatklageverfahren gegen den Gemeindevorsteher endgültig einzustellen ist. (1) Es nahm an, daß, dem Gemeindevorsteher keine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse zur Last falle.

**Von Kerls wegen!**

Trotzdem möchten wir den Arbeitern raten, den Ausdruck „Kerls“ nicht etwa gegen einen Beamten oder gar einen Streckbrecher anzuwenden. Zu seinen Gunsten wird keine Behörde der Welt den Konflikt erheben. Am allermeisten wird das Oberlandesgericht in Breslau den Ausdruck „Kerls“ einem Streckbrecher gegenüber erlauben! Aber haben wir denn nicht gleiches Recht für alle?

„Da heißt der Spruch Herrn Alexanders: Ja, Bauer, das ist etwas anders!“

**Wegen Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten**

gegen einander (s. 130 R.-Str.-G.-B.) hatte sich Genosse Frank Morawski als verantwortlicher Redakteur der in Kattowitz erscheinenden polnisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ vor dem Landgericht in Weiden zu verantworten. Die Aufreizung will die Anklage in einem Weihnachtsgedicht gefunden haben, das in der am letzten Mittwoch stattgehabten Hauptverhandlung in deutscher Uebersetzung in Weiden vortrug. Das Gedicht belaut die Gegensätze zwischen Kleinen, Unterbitten und Faulen und Wammessträcker, spricht von Klassen, die den Geist reiner Liebe auf den Typen hätten, weiß auf Anstand hin, wo schon der Morgen der Freiheit grant und spricht am Ende von den Opfern, die auf dem Wege schon gefallen.

Der Staatsanwalt gab in seinem Plaidoyer zu, daß von direkter Aufforderung zu Gewalttätigkeiten in dem Gedicht nichts zu entdecken sei, doch reiche auch nach rechtsgerichtlicher Ermessung eine indirekte Aufforderung, den § 130 anzuwenden und diese steht der Staatsanwalt in der Gegenüberstellung der Handvoll Besitzender zu der ungeheuren Menge Nichtbesitzender, wie in dem Hinweis auf das Oberlandesgericht so nahe liegende Ausland. (!) Er will die Sache aber milde ansehen und beantragt auf eine Geldstrafe von 300 Mark zu erkennen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Littmann, findet, daß nie harmloseres Zeug in einem sozialdemokratischen Blatte gestanden hätte; wir Bürgern könnten uns Glück wünschen, wenn von sozialdemokratischer Seite immer nur in solcher Weise aufgereizt werden würde.“ Er plaidierte für kostenfreie Freisprechung und auf diese erkannte auch das Gericht nach kurzer Beratung.

Deutsch-Lissa, 28. Februar. Ein geradezu glühendes Feuer hatten sich durch ihr Verhalten am Dienstag Abend die hiesigen Arbeiter aus. Trotz des gerade hier überausen Patriotenmüßes, trotz Fadelhüten und Feuerwerk und sonstigen Rabau war die für Abends 8 Uhr anberaumte öffentliche Arbeiterversammlung bereits um 7½ Uhr überfällig. Auf der Straße wogte das Meer der Gaffer und Ritzgänger, Anmungsstrauer und Arbeitervereiner hin und her. Oben aber in der Klinkerischen Saale, saßen und standen in bronzeroll feierlicher Enge hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, um neue Waffen gegen das Ausbetern zu schmieden. Auch die tollsten Anreizungen der Patrioten, durch Reden, Reden, Reden und Schreien von Anankern und Anankern zu vermehren nicht, die Aufmerksamkeit auch nur eines einzigen Zuhörers zu ziehen. Gerade in diesem Geiste verließ die insolente Versammlung aus beste. Nach einem Vortrage des Genossen Albert Preslau und einer Ansprache des Genossen Gauleiter Neuringa-Tresden wurde die Versammlung mit einem dreifachen Begeister aufgenommen hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen. Eine ganze Anzahl Arbeiter befehlten die „Reiswacht“ und versprochen, auch in ihrem Bekanntheit dafür zu sorgen, daß der Generalarbeiter aus den Gassen ausländischer Arbeiter verschwinde.

Wrieg, 1. März. Verichtigung zum Kartellgericht. In der Nr. 47 der „Volksrecht“ unter Kartellgericht wurde die Stellungnahme der Maurer erörtert. In diesem Bericht stand unter anderem: Maurer Müller erklärte, daß es an der Zeit der Habsche (der Maurer) liege, wenn die Kartellverträge nicht aufgegeben werden. Dies ist unwohl. Ich erklärte demnach, daß die Zeitung geneigt, aber nicht in der Lage sei, pro Pöliglich und Quartal 30 Pf. anzubringen.

Glück, 1. März. Der Tod als Gärtner. Das Schwurgericht verurteilte den Bergmann Daniel Wilschel aus Neunrode, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr, wegen vier vollendeter und zwei versuchter Brandstiftungen zu acht Jahren Zuchthaus. Wilschel hat die Brandstiftungen verübt, um als erster auf dem Brandplatze zu sein und sich in hervorragender Weise an den 25-Jährigen beteiligen zu können.

Worms, 1. März. Patriotische Schießereien. Auf Veranlassung des Militärs wurden auf dem Befreiungsbühl bei Soizsdorf anlässlich der kaiserlichen Familienfeier Schießereien gehalten, welche ein schweres Unglück im Gefolge hatten. Gleich beim ersten Schuß zerbrach der Wölter und der Zimmermann Banzel, der mit seinem Sohne das Abfeuern beaufsichtigte, wurde von einem Stück getroffen. Schwer verletzt brach er zusammen und ehe der Sohn noch Hilfe aus dem Dorfe holen konnte, war Banzel seinen Verletzungen erlegen. Arbeiter wurde ein solcher Unfall sehr schnell verboten werden.

Bromberg, 27. Februar. Sonntagstrübe. Parliergerwerb. Eine Anzahl beteiligter Gewerbetreibender aus Bromberg und den Vororten hat beim Regierungsrath beantragt, daß im Erdbeer-, Kirschen- und Kirschmagerwerb in der Stadt Bromberg und den Vororten Schölenau, Wringenthal, Schwedenhöhe, Groß- und Klein-Bartelschrodt und Bleichfeld in Sonn- und Festtagen der Vertrieb durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur während 6 Stunden, und zwar von 8 bis 11 Uhr Vormittags, stattfinden solle, und zwar so weit stattfinden darf, als die Beschäftigung bei der Vorbereitung von öffentlichen Theateraufführungen und Schaustellungen erforderlich ist. Da nach § 11 des Gewerbeordnung mindestens drei Drittel der beteiligten Gewerbetreibenden zur Feststellung des Antrages erforderlich sind, wobei der Regierungsrath in seiner Bekanntmachung darauf hingewiesen hat, daß nur diejenigen Gewerbetreibenden gezählt werden, die eine bestimmte Neuerung für oder gegen die Neuerung innerhalb bestimmter Frist vom 1. März bis einschließlich 31. März 1907 abzugeben haben. Die Neuerung kann schriftlich oder zu Protokoll im Bureau der städtischen Polizeiverwaltung abgegeben werden.

Bromberg, 28. Februar. Der Hauptetat der Stadtgemeinde Bromberg für 1906-1907 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6.619.803 Mark gegen 6.724.700 Mark im Vorjahre. Das Gemeindefiskaljahr beläuft sich auf 603.693 Mark gegen 595.699 im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 7.995 Mark, wodurch die Kommunalsteuern im Vergleich mit dem Vorjahre erhöht werden sollen. Und zwar sollen zur Erhebung gelangende 169 Prozent zur Staatskommunalsteuer — bisher 167 Prozent — und 195 Prozent zu den Realsteuern — bisher 182 Prozent

**Kleine provinzielle Nachrichten.**

Am Unfall auf dem Riesenberge sei noch mitzuteilen, daß die Staatsanwaltschaft in Strichberg die Gendarmerei in Schmiedberg angewiesen hat, zwecks halbjährlicher Auffindung der Leiche des 11. v. M. verunglückten Himmelmanns Runge aus Niebelschmiedberg, sich mit den behördlichen Organen des Nachbarstaates Österreich zur eventuellen gemeinsamen Recherche zu verbinden zu lassen. — Am Sonntag Abend überfuhr der Personenzug Nr. 203 Ranzin-Oberberg auf der Strecke zwischen Dzierzow und Sommer das Fuhrwerk des Gastwirts Florian Koszarski aus Solarnia. Das Pferd wurde getötet, der Wagen zertrümmert. Koszarski konnte sich rechtzeitig durch einen Sprung vom Wagen retten. — Hochener brach im Brilschen moßig erbaute Wohnbau auf der Schulstraße in Gobre-Süd aus. In kurzer Zeit hand das Gebäude in hellen Flammen und setzte auch die anstehenden Baulichkeiten in Gefahr.

**Veränderungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission**

Breslau, 28. Februar.

	alte	niedr.	höchr.	niedr.	höchr.	neuerere	Sorte
Weizen, weißer	17.30	16.50	16.80	15.90	15.80	15.44	niedr.
Weizen, gelber	17.20	16.40	16.30	15.90	15.80	15.44	niedr.
Moogen	15.70	15.10	15.00	14.80	14.70	14.56	niedr.
Vrongerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—	—	niedr.
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00	niedr.
Kafer	15.50	14.90	14.70	14.30	14.20	13.80	niedr.
Erbsen	18.00	17.50	17.30	16.90	16.80	16.50	niedr.

Den pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.  
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.  
Wintertraps 23.80—21.80—19.80 Mk.

Breslauer Weizenmarkt. Weizen ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sach brutto, Weizen mehr 100 rubig, 23.50—24.00 Mk. Roggen mehr 100 rubig, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Daußbäden rubig, 22.25—22.75 Mk. Roggen-Futter mehr rubig, 10.75 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.50—10.75 Mk.

**Standesamtliche Nachrichten.**

Vertraut-Ankündigungen. IV. Amtsrichter Rudolf Rosenau, ev., Schloß in Weßler, und Helene Kiefer, evang., Lotbingerstr. 21. — Genbahnen-Betriebsarbeiter Paul Reichstein, ev., Liebenbühnerstr. 46, und Elisabeth Trambauer, ev., Gräbchen. — Wachenführer Theodor Prabhylski, kath., Gräbchenstr. 23, und Anna Bogner, ev., Praterstr. 24. — Stabschirurg in Infanterieregiment Nr. 6 Reinhold Partsch, ev., Reiffe, und Elviede Ritschke, ev., Gräbchenstr. 181.

Geburten. III. Köpfer Paul Hoffmann, kath., Sohn. — Goldschmied Franz Langer, kath., S. — Walter Paul Erbel, ev., Sohn. — Klempner, Richard Stinner, kath., T. — Univ.-Professor Dr. jur. Konrad Peyerle, kath., T. — Tischler Josef Jarnick, kath., Sohn. — Tischler Johann Kleindienst, kath., T. — Tischler Arthur Groszart, kath., S. — Drechsler Robert Weis, ev., S. — Klempner Carl, ev., T. — Maschinenfabrikarbeiter Ernst Stannell, ev., S. — Maurer Paul Weis, ev., T. — Ritticher Hermann Müller, ev., S. — Hausbatter Heinrich Ritschke, ev., T. — Heizer Wilhelm Rohn, kath., T. — Schuhmacher Theophil Kuszewski, kath., T. — Drechsler Alfred Kober, ev., S. — Maurer Wilhelm Hoff, ev., S. — Restaurateur Eugen Heitel, kath., T. — Ladierer Paul Pallas, ev., ref., Zwillinge. — Maurer Robert Nimmer, ev., T. — Buchhalter Alfred Kluge, ev., kath., S. — Arbeiter Karl Hartmann, ev., S. — Buchhalter Richard Hilpp, evang., S. — Privat-Dozent Dr. med. Johannes Nibelsch, ev., S. — Kassendirektor Hermann Hartmann, ev., T. — Postkassierer Paul Jakob, kath., T. — Schmied Wilhelm Penzler, ev., S. — Tischler August Künle, kath., S. — Zimmermann Karl Lanauer, ev., T. — Arbeiter Hermann Rösner, ev., S. — Stadt-Volksschullehrer Karl Schaefer, ev., T. — Tischler Fritz Petrol, ev., T. — Tischler Wilhelm Kolod, evang., T. — Steuersekretär Erich Sand, ev., T. — Schuhmachermeister Franz Dremba, kath., T. — Schneider Anton Matur, kath., S. — Westmaler Bernhard Böhmig, kath., T. — Ritticher Wilhelm Erbel, ev., T. — Stellmacher August Art, ev., S. — Schlosser Gustav Thieme, ev., S. — Tischler Julius Schubert, ev., S. — Hausdiener Johann Falck, katholisch, Sohn. — Regieramus-Giltsarbeiter Eduard Ludwiga, evang., Sohn. — Arbeiter Oskar Rumberg, evang., S. Todesfälle. II. Stellmachergeselle Anton Rybaowski, 30 J. — Buchhalterin Margarete Pndel, 29 Jahre. — Rentiere Ana von Jekis und Rentiere, 40 Jahre. — Rentierwitwe Emilie Reich, geb. Schlegel, 77 J. — Kurt, S. des Eisenbahnarbeiters Bruno Kidel, 2 Ta. e. — Hahnenschmid Stanislaus Winger, 68 J. — Arbeiterfrau Anna Kentschke, geb. Ilse, 33 J. — Wauererwitwe Christiane Adler, geb. Ostermann, 76 J. — Wauerer Witwe Schreiber, 25 Jahre. — Straßenbahnkassierer Wilhelm Strauch, geb. Harbig, 32 J. — Dienstmädchen Anna Hanke, 42 J. — Alfred, S. des Maschinenarbeiters August Rintz, 2 Mon. — Charlotte, T. des gevr. Postomontiers Hermann Rosenow, 3 Mon. — Mar, S. des Streckenarbeiters August König, 3 Wch. — Gustav, S. des Blumenhändlers Gustav Grinamuth, 1 J. — Hauerermeister Oskar Graboll (Grabolle), 58 J. — Luise, T. des Obermüllers Peter de Meier, 5 Ta. e. — Fräulein Hausbatter Karl Kretschmer, 71 J. — Heilwieserwitwe Elisabeth Kuschel, geb. Gdrlitz, 82 J. — III. Frieda, T. des Arbeiters Oswald Hennig, 1 J. — Arbeiter Wilhelm Thiel, 54 J. — Gutsherrlicher Max Demald, 64 J. — Erna, T. des Promenadenwärters Paul Hoppe, 5 Wch. — Emma, T. des Milchhändlers Heinrich Brunsch, 8 Mon. — Klara, T. des Schneidermeisters Franz Vepelt, 1 J. — Buchhalter Paul Sommer, 33 J. — Photograph Hans Disting, 26 J. — Mar, S. des Himmelmanns Johann Klaska, 1 J. — Motormaschinenführer August Ritschke, 28 J. — Modistin Emma Wittke, 27 J. — Paul, S. des Rittichers Emil Schramm, 2 J. — Maria, T. des Arbeiter Joseph Wagner, 4 Wch. — Fräulein Schneiderin Thele Gaber, 81 J. — Arbeiter Gustav Staffler, 36 J. — Richard, S. des Arbeiters Richard Vuffe, 4 Mon. — Friede, T. des Arbeiters Bruno Matheke, 4 Mon. — Fräulein Dienstmädchen Luise Strauß, 20 J. — Klara, T. des Arbeiters Paul Pfeife, 2 Mon.